

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 182

SONNTAG, 6. Dez. 1936

Aus dem Inhalt:

Die Politik der Sowjetunion
Der Danziger Konflikt
Braun-gelbes Kriegsbündnis
Die neue Schlinge

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Alles für den Krieg!

Neue verräterische Gesetze der deutschen Diktatur

Der Sinn des neuen Hitlerschen Vierjahresplanes enthüllt sich immer mehr. Das System hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands für die Zwecke der Kriegsvorbereitung nahezu erschöpft. Es fürchtet, daß die Staatskonjunktur nicht mehr lange behauptet werden kann. Deshalb mobilisiert es unter Zuhilfenahme drakonischer Kriegsgesetze die letzten Reserven der Volkswirtschaft, um sie ebenfalls noch in den Abgrund zu werfen.

Aber seine letzten Gesetze lassen bereits erkennen, wie kritisch die Situation der Kriegswirtschaft geworden ist. Das eben verabschiedete Gesetz gegen die Wirtschaftssabotage ist verräterisch. Es bedroht Kapitalflucht mit Todesstrafe, es setzt den sogenannten Volksgerichtshof als Ausnahmegesetz gegen Kapitalflucht ein. Es schafft einen Rechtszustand, bei dem jede Rechtssicherheit beim Kapitalverkehr mit dem Ausland erlischt. Die Diktatur, d. h. der vom »Führer« instruierte Volksgerichtshof, wird künftig bestimmen, was todeswürdige Kapitalflucht ist.

Mit diesem Gesetz ist ein neues Instrument des Terrors geschaffen. Es enthüllt, daß die deutsche Kriegsvorbereitung unter dem Gesetz des Terrors steht, es enthüllt aber auch, daß kapitalkräftige Kreise in Deutschland so wenig an den Endsieg der deutschen Kriegspolitik glauben, daß sie versuchen, ihren Besitz in Sicherheit zu bringen.

Wie stimmt dieses Gesetz zusammen mit der Behauptung des Systems, daß 99 Prozent des deutschen Volkes hinter der Politik des »Führers« stünden, wie mit den Behauptungen, daß Deutschland dank der Wirtschaftspolitik der Diktatur keine Krisenscheinungen kenne? Zu solchen drakonischen Gesetzen greift ein System nur, wenn es seine Lage für kritisch hält, und wenn es die Lage nur noch mit äußersten Mitteln glaubt meistern zu können. Das aber ist gerade die Lage, in der sich das Hitlersystem befindet! Die Spitzen der Diktatur verraten ihre Sorge, wenn sie auf allen Gebieten zu neuer terroristischer Aktivität greifen. Es gibt kein Gebiet — sei es wirtschaftlicher, sei es politischer, sei es kultureller Art — auf dem nicht der Wille zum Terror in der letzten Zeit sich deutlich gezeigt hätte. Da ist die neue Terrorvorschrift auf dem Gebiete der Kunstkritik, da ist die Zwangseingliederung der gesamten deutschen Jugend in die Hitlerjugend — ein Beweis dafür, daß das System die Jugend keineswegs freiwillig hat für sich gewinnen können. Da ist ein neuer Angriff von Darré auf die Universitäten, der auf dem Reichsbauerntag in Goslar folgendes ausführte:

»In den gegenwärtigen Schicksalsstunden unseres Volkes habe ich nicht das Recht, meiner Langmut die Zügel freizugeben. Daher erkläre ich hier für das mir vom Führer und Reichskanzler verantwortliche übertragene Gebiet der Ernährungswirtschaft und wende mich dabei in erster Linie an gewisse Namen auf wissenschaftlichen Lehrstühlen deutscher Hochschulen: »Drei Jahre lang war ich langmütig und habe die Verhältnisse auf den Universitäten von mir aus nicht gestört. Ich habe geglaubt, daß drei Jahre sachlicher Erfolge auf dem Gebiet der Agrarpolitik die einfachste Brücke für einen denkenden Menschen sein würden, um einen Frieden mit uns Nationalsozialisten zu finden. Aber aus Verantwortungsgefühl gegenüber Führer und Volk vermag ich nicht mehr schweigend Dingen zuzusehen, die sich — Gott sei Dank vereinzelt — auf einigen Hoch-

schulen abspielen. Es glauben mir noch heute Menschen beweisen zu müssen, daß ich den Bauern zu ideal und zu romantisch sehe. Ich muß es mir verbitten, daß man mir nach drei Jahren nationalsozialistischer Erfolge vorwirft, ich sei ein Romantiker des deutschen Bauerntums. Das ist keine Kritik mehr an meiner Person, sondern eine Kritik am Führer, der mich 1930 gerade wegen dieser meiner Einstellung zum Bauerntum rief.«

Das sind verdächtige Töne! Wenn ein terroristisches System von Schicksalsstunden des Volkes spricht, so handelt es sich um die Schicksalsstunden der Diktatur, so handelt es sich um den Willen der Diktatoren, das ganze Volk mit in das Schicksal hineinzureißen, das ihre verbrecherische Politik heraufbeschwört. Das ist eben der Sinn aller Handlungen des Hitlersystems von heute. Es ist

mit seiner wahnwitzigen Politik der Unterstellung des gesamten Lebens des deutschen Volkes unter den Kriegszweck in eine ausweglose Situation geraten, die es nur noch mit den terroristischen Mitteln glaubt meistern zu können. Das neue Exzitationsstadium der Diktatur ist der Beweis dafür, daß sie einer Katastrophe entgegengetrieben, und daß die Diktatoren sich darüber im klaren sind.

Spanien vor dem Völkerbund

Deutsche Truppen in Spanien gelandet

Die spanische Regierung hat den Völkerbundsrat angerufen. Sie will nicht mehr zusehen, wie im sogenannten Nichtinterventionsausschuß in London die klarsten Tatsachen mit den faustdicksten diplomatischen Lügen zugedeckt werden. Sie bringt die Frage der bewaffneten Intervention von Deutschland und Italien und die Bedrohung des europäischen Friedens durch diese Intervention vor das Forum, vor das sie gehört, vor den Völkerbund.

Die spanische Regierung hat für sich das unbestreitbare Recht und die Logik des Völkerbundsrechtes. Diese Anrufung des Völkerbundes ist die richtige Antwort auf die Anerkennung Francos durch Deutschland und Italien. Es ist gut, daß

die demokratischen Westmächte gezwungen werden, ihre Haltung zur spanischen Frage aus dem Dunkel geheimer diplomatischer Verhandlungen in das helle Licht des Völkerbundes zu bringen — denn die Lage wird immer kritischer und spitzt sich rasch zu.

Während die Lage Francos vor Madrid immer kritischer beurteilt wird, wird die Hilfe der deutschen und italienischen Diktaturen für ihn immer unerschämter und offener. Als Ersatz für seine Verluste und offenbar für einen neuen Angriff auf Madrid ist in Cadix eine deutsche Truppe von 5000 Mann gelandet worden. Es genügt den faschistischen Mächten nicht mehr, daß sie Franco mit

dem modernsten Kriegsmaterial ausgerüstet haben, sie liefern ihm jetzt auch noch ganz offen die Mannschaften dazu!

SA nach Spanien

Wie wir aus Deutschland erfahren, werden von der SA Freiwilligenformationen für Spanien aufgestellt und geschlossen nach Spanien transportiert.

Die Ricken- und die Stomanlinie transportieren auf ihren Schiffen Waffen (Gewehre, Lafetten, Geschützrohre, Granaten, Flugzeugteile) nach Spanien. Die Schiffe werden in Hamburg beladen. Die Ladung erfolgt nur in der Nacht. Als Reiseziel wird »Mittelmeer« angegeben.

Stimme aus Deutschland

»Wie es mit den Löhnen steht, merkt jeder« — »Unerfreuliche Zustände«

Das darf in Deutschland gedruckt werden und im »Ruhrarbeiter« kann man es lesen:

»Wie es mit den Preisen steht, merkt ja jeder, wenn er auf den Markt geht, und wie es mit den Löhnen steht, merkt jeder, wenn er seinen Lohn in Empfang nimmt. Die hier noch herrschenden und gewiß unerfreulichen Zustände in der Zeitung immer wieder breitzuwalzen, würde nichts an der Tatsache ändern, daß wir eben sehen müssen, so schnell wie möglich aus diesem Dilemma herauszukommen.«

Dieses bemerkenswerte Geständnis findet sich eingeschaltet in einen langen Artikel, der zu beweisen versucht, daß die Presse im Dritten Reich nicht lügt. Seit der Machtergreifung, so klagt der »Ruhrarbeiter«, gehe das Wort um, »was in der Zeitung steht, ist gelogen.« Juden und Emigranten hätten es aufgebracht.

Der »Ruhrarbeiter« will also zeigen, daß er nicht lügt. Darum quetscht er sich das Geständnis ab, daß es mit Löhnen und Preisen im Dritten Reich »unerfreulich« steht, so unerfreulich, daß ein jeder es merkt. Sofort aber auch gibt er seinen Lesern zu verstehen, daß eine solche Offenherzigkeit ein Luxus ist, den man sich nicht alle Tage gestatten kann; »breitgewalzt« werden darf dieses Thema nicht. Wie sollte es auch in einem Lande, in dem sogar die Kunstkritik verboten ist, erlaubt sein, an den Kunststücken Kritik zu üben, die die Hitler und Göring, die Schacht und Ley auf dem Gebiet der Preis- und Lohnpolitik verbrochen haben!

Das Geständnis des »Ruhrarbeiters« bleibt unter diesen Umständen eine Ausnahme, die die Regel bestätigt. Nie ist das Wort »gelogen wie gedruckt« in Deutschland mehr als jetzt im Schwange gewesen, nie war es mehr berechtigt. Die braune Presse lügt mit allem, was sie sagt; sie lügt noch niederträchtiger mit allem, was sie verschweigt. Das gilt auf allen Gebieten, ganz besonders aber auch in der Lohnfrage.

Der deutsche Arbeiter, dem täglich vorgezogen wird, sein Reallohn habe sich nicht verringert, darf nicht erfahren, daß seine Klassengenossen in freieren Ländern mit Erfolg daran gehen, die verbesserte Wirtschaftslage zur Verbesserung auch ihres Daseins auszunutzen. Man wird in der Presse Hitlersdeutschlands z. B. kein Wort darüber finden, daß kürzlich

die englischen Textilgewerkschaften auf dem Verhandlungswege eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 7½ Prozent für die schlechterbezahlten Weber eine solche von 10 bis 15 Prozent erreicht haben.

In ähnlicher Weise wurden auch die Löhne der Konfektionsarbeiter erhöht. Der Monat November allein hat in England mehr als einer Million Arbeiter wesentliche Lohnerhöhungen gebracht, die von den Gewerkschaften im Wege friedlicher Verhandlungen durchgesetzt wurden.

Das sind Dinge, von denen die deutschen Arbeiter nichts erfahren dürfen. IPtler nat alle Lohnerhöhungen verboten, folglich verbietet Göbbels, über Lohnerhöhungen zu berichten, die in freien Ländern mit den Mitteln des dort geltenden Koalitionsrechts erungen werden.

Und da sagt der »Ruhrarbeiter«, daß die braune Presse nicht lügt! Es gibt nichts an diesem System, das nicht auf Lüge aufgebaut ist. Zu dem Verlogensten aber, das in diesem System der Verlogenheit existiert, gehört die Behandlung der Arbeiter, die nun mit Lügen füttert, indes man sie um ihren gerechten Lohn prellt.

Was helfen die Lügen? »Wie es mit den Löhnen steht, merkt jeder, wenn er seinen Lohn in Empfang nimmt.« gesteht selbst der »Ruhrarbeiter«. Man braucht nur hinzusetzen: Und wie es mit der Wahrheitsliebe im Dritten Reich bestellt ist, merkt jeder, der eine Zeitung in Empfang nimmt.

Franco — Hitler in Spanien

Frauen und Kinder in der faschistischen Hölle.

Von einer vorübergehend aus Spanien im Ausland weilenden, übrigens nichtsozialistischen, christlichen Persönlichkeit hören wir:

Die Auffassung, daß sich in Spanien Volksfront und Katholiken gegenüberstünden, ist vollkommen irrig. Man darf behaupten, daß auch die Mehrheit der kirchentreuen Katholiken gegen die Generale und ihre Marokkaner sind. Alle Katholiken wissen, welche Scheußlichkeiten die Afrikaner in den eroberten Gebieten verüben. Man gibt ihnen die Frauen und oft die unerwachsenen Töchter von angeblichen Regierungsanhängern preis. Da aber nicht immer leicht zu unterscheiden ist, ob eine Familie für oder gegen die Volksfront ist, sind auch viele Frauen und Mädchen aus oppositionellen Familien geschändet worden. Zahlreiche Offiziere haben die Frauen rationiert, da infolge der Flucht vieler Familien in den eroberten Gebieten Frauenmangel herrscht. In manchen Städten und Dörfern wurde eine Frau zwanzig Marokkanern zugeweiht. Die sexuellen Versprechungen spielen bei den Marokkanern eine große Rolle. Ihre Offiziere malen ihnen die Eroberung Madrids mit vielen zehntausenden Frauen in den lockendsten Farben aus.

Inzwischen setzt sich die Kinderwanderung aus dem Innern Spaniens an die Küste von Katalonien fort. Die Kinder sind von Madrid nach Valencia viele Stunden unterwegs, weil die Züge wegen der Fliegergefahr oft halten. Manchmal müssen die Kinder die Züge verlassen, auch während der Nacht, um sich in den Feldern zu verbergen. Die Folge ist, daß viele Kinder mit zerrütteten Nerven in Valencia ankommen. In den Nächten wachen sie schreiend aus ihren Träumen auf. Viele haben bei der Eroberung ihrer Heimat durch die Marokkaner scheußliche Szenen mit ansehen müssen, von denen sie erzählen, so die Vergewaltigung ihrer Mutter oder Schwestern durch Truppen Francos, die nach den Berich-

ten der katholischen Presse bekanntlich für die christliche Zivilisation kämpfen.

Die Aufnahme der Kinder durch die katalanische Bevölkerung ist überaus herzlich. Man reißt sich geradezu um die kleinen Emigranten. Es kommt vor, daß zu einem Zuge mit 400 Kindern 2000 Nachfragende am Bahnhof sind. Diejenigen, die keine Kinder zugehört erhalten, sind enttäuscht. Politische Unterschiede gibt es bei dieser Fürsorge kaum. Die Kinder werden nicht nur gut gepflegt, sondern erhalten auch guten Unterricht. In Valencia hat sich eine kleine Theatergruppe von Kindern gebildet, die Wohltätigkeitsvorstellungen geben. Soziale Unterschiede werden nicht gemacht. Kinder reicher Familien und Slumkinder leben zusammen. Manche Kinder werden in den Palästen geflohener Patrizier untergebracht. Es fehlt aber an Kleidern, an Kohle und vor allem an Milch.

Die Gesamtzahl der Emigranten wird zur Zeit auf 500.000 in Katalonien geschätzt, einschließlich der Erwachsenen. Weitere 100.000 werden erwartet.

Die antibolschewistische Liga

Während die Hitlerpropaganda die Welt vollschreit mit Schauerreden über die Eroberungs- und Kriegspläne der Komintern, wird in Berlin die Bürgerkriegsliga der Faschisten aller Länder organisiert. Um allen faulen Ablehnungsversuchen zuvorzukommen, stützen wir uns auf einen Berliner Bericht der »Times« vom 26. November. Nach diesem Bericht hat Hitler im Verlauf der letzten Wochen die folgenden Faschistenführer empfangen:

Sir Oswald Mosley, England,
Degrelle, Belgien,
Mussert, Holland,
Zankow, Bulgarien.

Es ist eine internationale Verschwörung, die unter der Maske einer antibolschewistischen Liga segelt. Es ist eine Verschwörung gegen den Frieden und die Freiheit in Europa. Die demokratischen Parteien in den beteiligten Ländern werden gut tun, wenn sie dieser Verschwörung schon in den Anfängen entgegengetreten.

Schändung

Ley und die marxistischen Helden.

Wenn alles über »Volk und Kultur« quakt, darf auch der Ley nicht fehlen. Hat er nicht »Kraft durch Freude« unter sich? Also quakte er in der Philharmonie mit drauflos, erstarb nebst Göbbels vorm Führer in schleimigstem Byzantinismus und feierte K&F, das den Arbeiter »zum vollwertigen Bürger gemacht« habe. Dabei verstieg sich der alternde Trinker zu folgender Großlüge:

»Darum hatte der Arbeiter jahrzehntelang so fanatisch gekämpft. Das war es, was ihn in den neunziger Jahren in die Gefängnisse des Kaiserreiches hatte gehen lassen. Deshalb hatte er Hunger und Not und Elend in den vielfachen Wirtschaftskämpfen auf sich genommen.«

Nämlich für Kraft durch Freude und die braune Despotie! Diese Schändung der Bebel und Liebknecht, der sozialdemokratischen Arbeiterführer und Arbeiter von ehemals hörten sich die Spitzen der Kunst und Wissenschaft mit an, ohne mit der Wimper zu zucken, das mußten abkommandierte Vertreter der Arbeiter schweigend hinnehmen, das erschien gedruckt in der Presse. Jeder, der es mit anhörte, kennt die Wahrheit. Die weiß sogar der Ley. Denn die Blutzweigen jener Zeit sind noch da. Sie kämpften für dasselbe Wahlrecht, das ihnen von bezahlten Bandenführern geraubt, für dasselbe Parlament, das ihnen von Kapitalistenknechten zerstört, für dieselbe Demokratie, die von den Nazis beschimpft, für dieselbe Geistesfreiheit, die drüben geknebelt wurde. Sie gingen für die Freiheit ins Gefängnis, starben im Exil. Wir nahmen den Kerker auf uns, während Lays politische Väter aus den Fettnäpfen des wilhelminischen Halbabsolutismus fraßen und sich zu Bütteln und Hetzhunden der Reaktion machten.

Der Ley kann sich leicht vergewissern, viele Freiheitskämpfer von damals sitzen ja wieder für dieselbe Sache im Exil oder verderben in Folterkellern, gegen die wilhelminische Gefängnisse beinahe idyllische Orte waren. Der Ley mag sie fragen — wenn sie könnten, wie sie wollten, würden sie ihm ins Gesicht speien.

Arglose Gemüter mögen einem notorischen Käufer gewisse mildernde Umstände zugute halten, aber daß diese Schändung Toter und Wehrloser gedruckt wird, ist ein politisches Gangsterstück. Diebstahl schändet im erneuerten Deutschland nicht. Man hat den sozialdemokratischen Arbeitern ihre Helme, ihre Zeitungen, ihre Errungenschaften gestohlen, man stahl ihnen Lieder, man stahl den 1. Mai — — jetzt stiehlt ein Hitlerscher Oberbonze die marxistischen Märtyrer.

Braun-gelbes Kriegsbündnis

Ziele und Grenzen des deutsch-japanischen Abkommens

Der Abschluß des deutsch-japanischen Paktes hat eine Tatsache sichtbar gemacht, die für alle politisch Interessierten schon längst keinem Zweifel unterlag. Die seit dem Machtantritt Hitlers intensiv betriebene Annäherung Deutschlands an Japan und die gegenseitige Unterstützung der beiden Erobererstaaten ist durch den Pakt Berlin-Tokio feierlich deklariert worden. Vorläufig wird dieses Kampfabkommen als Maßnahme gegen die »Weltgefahr des Kommunismus« getarnt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß es sich zunächst gegen die Sowjetunion, dann aber auch gegen alle anderen Mächte am Stillen und am Indischen Ozean richtet und eine Neuverteilung der Welt als sein Endziel betrachtet.

Es lag in der Natur der »dynamischen« Außenpolitik des Nationalsozialismus, daß sie sich sofort nach dem Umsturz in Deutschland mit den »Preußen des Ostens« verbrüderte. Im Interesse der beiderseitigen Zusammenarbeit wurden die Japaner schon im November 1933, auf den Einspruch des japanischen Botschafters in Berlin hin, zu reinen Ariern erklärt und in die Gemeinschaft der »arisch-germanischen Herrenrasse« aufgenommen. Es setzte eine lebhaft militärische, wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit ein, die ihre Stützpunkte auch in Warschau und Helsingfors fand. Einer der eifrigsten Apostel der deutsch-japanischen Zusammenarbeit, Johannes von Leers, schrieb im September 1934 in der Zeitschrift »Die Tate«:

»Jede Stärkung Japans, als der größten außereuropäischen Macht, ist, vor allem seitdem die Sowjetunion und Frankreich sich zusammengedungen haben, eine Stärkung der deutschen Stellung, eine sichtliche Entlastung für uns.«

Gleichzeitig haben die führenden militärpolitischen Organe (»Deutsche Wehr«, »Militär-Wochenblatt« u. a.) sich sehr eingehend mit Japan befaßt und die Ziele des japanischen Imperialismus ebenso wie den systematischen Aufbau seiner Wehrmacht als leuchtendes Vorbild für das Dritte Reich dargestellt.

Jetzt, nachdem Deutschland und Japan, sekundiert von Italien (das sich nur aus diplomatischen Gründen etwas zurückhält), die Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen gegen die übrige Welt zu schaffen suchen, gewinnt die Kenntnis der Triebkräfte und Ziele des japanischen Imperialismus eine besondere Bedeutung. Viel aufschlußreiches Material darüber bringt das soeben im Verlag Carrefour, Paris, erschienene Buch von O. Tanin und E. Yohan: »Japan rüstet zum großen Krieg«. Das Programm der japanischen Aggression ist ziemlich offen dargelegt worden in einer ganzen Serie amtlicher Dokumente, angefangen von dem Memorandum des Barons Tanaka im Jahre 1927 bis zur Deklaration der japanischen Regierung vom 17. April 1934, mit der faktischen Forderung eines japanischen Protektorats über China, und der Broschüre, die vom Pressebüro des japanischen Kriegsministeriums im Oktober 1934 herausgegeben wurde und bereits eine Konkretisierung der Pläne des Barons Tanaka darstellt. Praktisch ist das Eroberungsprogramm Tanakas durch die Eroberung der Mandschurei, durch die Vorstöße gegen die Mongolische Volksrepublik und durch die systematische Einschüchterung Chinas in Angriff genommen worden. Daneben läuft aber eine intensive Kriegsvorbereitung, die sich einerseits gegen die Sowjetunion, andererseits aber auch gegen die in China wie im südlichen Teil des Stillen Ozeans interessierten Mächte richtet.

Man hat versucht, in Anlehnung an K. Haushofer, einen der Väter des neudeutschen Imperialismus, in der japanischen Expansion zwei Richtungen herauszuheben: eine kontinentale, die sich die Bodenschätze und den Siedlungsraum Nordchinas und Ostsibiriens anzu eignen sucht, und in eine marinistische, die auf die reichen Küstenländer und Inseln im Süden zielt. Der ersten Richtung wird namentlich von Vertretern des rechten Flügels der englischen Konservativen die Rolle eines Ventils zugewiesen, das man billigen könne, weil dadurch die Interessen des britischen Imperiums in Mittelchina, in der Südsee und im Indischen Ozean geschützt würden. Aber diese Gegenüber-

stellung ist falsch. Die Kohlen- und Eisen-schätze in Ostsibirien, in der Mandschurei und in Nordchina sind ein ebensolches Objekt der Annexionsgelüste des japanischen Monopolkapitals wie das Erdöl und der Kautschuk auf Borneo, wie die Baumwolle in Zentralchina, wie die Buntmetalle auf einigen Südozeaninseln. Als Absatzmarkt stellt der asiatische Süden einen noch ungleich größeren Wert für die japanische Industrie dar, als das relativ schwach bevölkerte nordöstliche Asien. Diese Märkte kann sich aber Japan nur dann sichern, wenn es zuvor die Sowjetunion vom Stillen Ozean zurückgedrängt und die Herrschaft über China an sich gerissen hat. Die ganze Geschichte der japanischen Aggression in den letzten Jahrzehnten zeigt deutlich, daß die kontinentale und die marinistische Richtung eng miteinander zusammenhängen und daß der Krieg gegen die Sowjetunion nur die Vorstufe für einen weiteren Krieg gegen jene Mächte bilden würde, die in China und im südlichen Teil des Stillen Ozeans wirtschaftliche und politische Interessen zu verteidigen haben.

In eine besonders schwierige Lage würde hierbei Großbritannien geraten, dessen Milliardenanlagen in China durch einen Sieg Japans ebenso bedroht wären, wie seine Positionen in der Südsee, in Australien und im Indischen Ozean. Aber auch die Vereinigten Staaten von Amerika wären durch die Machtsteigerung des japanischen Imperialismus bedroht. Ein Sieg Japans über die Sowjetunion im Fernen Osten wäre gleichzeitig auch ein Sieg über die beiden angelsächsischen Mächte, die sich mit der Vorrückung Japans auf dem asiatischen Kontinent und im Stillen Ozean abfinden müßten.

Gerade die enge Verbundenheit des Krieges gegen die Sowjetunion mit dem gesamten panasiatischen Programm des japanischen Imperialismus hat es zuwege gebracht, daß die Militärelite, die Japan beherrscht, die Bedenken und Einwendungen zu unterdrücken vermochte, die von verschiedenen Richtungen in der japanischen Bourgeoisie gegen den antirussischen Krieg erhoben wurden.

Bisher ist es noch keiner Gruppierung im Lager der herrschenden Klassen Japans gelungen, die Durchführung der grundlegenden Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu vereiteln. Die Militärelite, die vorläufig noch nicht die unbeschränkte Trägerin der Macht ist und noch nicht restlos ihre Pläne der Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur verwirklicht hat, lenkt dennoch die Anstrengungen des gesamten japanischen Staatsapparates auf die Lösung der Aufgaben der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion und zieht die bedeutendsten Gruppen des Finanzkapitals in sehr weitgehendem Maße für die Verwirklichung dieser Aufgaben heran.

Aber die Einmütigkeit, mit der die herrschenden Klassen Japans den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten, und die unzweifelhaften Erfolge, die sie hierbei erzielen, sind noch kein Beweis dafür, daß Japan in der Lage wäre, einen großen Krieg siegreich zu Ende zu führen und seine weitgesteckten Eroberungsziele zu verwirklichen. Selbst in der »Deutschen Wehr«, dem Organ des deutschen Generalstabs, wurde in einer Artikelserie, die in der ersten Hälfte des Jahres 1934 veröffentlicht wurde, dargelegt, daß Japan zwar das Küstengebiet am Stillen Ozean von der Sowjetunion losreißen könnte, aber in Schwierigkeiten geraten würde, wenn es Ostsibirien bis zum Baikalsee erobern wollte. Inzwischen sind in der japanischen Presse selbst die grundlegenden Schwächen der Kriegsvorbereitungen Japans aufgedeckt worden: Die japanische Schwerindustrie ist ungenügend entwickelt. Die Industrie ist zu 60 bis 70 Prozent auf den Export angewiesen. Japan hat nicht genügend Roh- und Brennstoffquellen für die Führung eines großen Krieges. Die Lebensmittelquellen sind ebenfalls unzureichend. Recht schwach sind die finanziellen Grundlagen Japans, das ohne Unterstützung starker Kapitalmächte einen längeren Krieg nicht zu führen vermag. »Bildlich ausgedrückt, stellt die militärische Macht des japanischen Imperialismus eine gepanzerte Faust dar, die von einem schwachen Muskel in Bewe-

gung gesetzt wird. Die Fähigkeit dieser Faust, einen starken Schlag zu versetzen, darf nicht unterschätzt werden, doch gleichzeitig gilt es auch, die ungenügende Widerstandskraft der japanischen Wirtschaft, dieser bewegenden Muskel zur Austellung wiederholter Schläge, zur wirtschaftlichen Speisung des Systems von Schlägen, aus denen sich der kommende Krieg zusammensetzen wird, richtig einzuschätzen.« Diese Schwäche kann auch durch das Bündnis mit Deutschland nicht beseitigt werden.

Die grundlegende Schlußfolgerung des Buches von Tanin und Yohan: »daß die wirtschaftlichen und politischen Kräfte des japanischen Imperialismus seinem Riesenappetit bei weitem nicht entsprechen«, (eine Schlußfolgerung, die auch auf Deutschland zutrifft) wird besonders dadurch ins rechte Licht gerückt, daß Japan einem Gegner gegenübersteht, dessen Kräfte nicht zu unterschätzen sind. Sogar ein Teil der japanischen Generalität sieht sich genötigt, die riesenhafte Militärmacht der Sowjetunion anzuerkennen. Die im Februar 1936 herausgegebene Gedenkschrift des Kriegsministeriums zum russisch-japanischen Krieg schätzt die Kampffähigkeit und Stärke der Roten Armee weit höher ein als die der Zarenarmee 1904/1905.

»Die technisch hochstehende Rote Armee stützt sich auf eine dank der Erfüllung der Fünfjahrpläne gutentwickelte Rüstungsindustrie und Schwerindustrie schlechthin... Die Sowjetunion hält an der mandchurischen Grenze gewaltige Militärkräfte, die der japanischen Armee an Zahl nicht nachstehen. Außerdem schafft sich der Ferne Osten eine eigene industrielle Basis und macht sich damit von der Zufuhr von Industrieerzeugnissen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion unabhängig.«

Am 18. Februar 1936 nahm das japanische Kabinett einen besonderen Bericht des Kriegsministeriums über den Zustand der bewaffneten Kräfte der Sowjetunion im Fernen Osten entgegen, dessen Inhalt von der Zeitung »Japan Advertiser« vom 20. Februar wiedergegeben wurde. Danach zählt die Rote Armee im Fernen Osten 200.000 Mann, die mit Flugzeugen, Tanks, Panzerwagen usw. glänzend ausgerüstet ist. Längs der mandchurischen Grenze sind mehr als 1000 »befestigte Punkte« gebaut worden. In Wladiwostok ist ein starker Flottenstützpunkt errichtet worden. Die Durchlaßfähigkeit der Sibirischen Eisenbahn, die doppelgleisig ausgebaut wird, ist 5- bis 7mal größer als zur Zeit des russisch-japanischen Krieges.

Angesichts dieser Tatsachen, die durch zahlreiche andere ergänzt werden könnten, erscheint es mehr als fraglich, ob Japan seinen »großen Krieg« gegen die Sowjetunion siegreich zu Ende führen könnte. Dies um so mehr, als Japan von starken sozialen Spannungen erfüllt ist und durch sein jetziges Bündnis mit Deutschland Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf dem Plan gerufen hat. Muß das braun-gelbe Kriegsbündnis — denn um ein solches handelt es sich letzten Endes — Japan im Fernen Osten isolieren, so gilt das gleiche auch für die Stellung Hitlerdeutschlands im europäischen Kräftespiel. Unser englisches Bruderblatt, der »Daily Herald«, hatte so Unrecht nicht, als es nach Abschluß des deutsch-japanischen Bündnisses schrieb, Hitler habe durch diesen Pakt den Erfolg einer dreijährigen Politik zu nichte gemacht, die darauf abzielte, einen Kell zwischen Frankreich und Großbritannien zu treiben. Die stürmische Ablehnung, die das deutsch-japanische Bündnis in allen nichtfaschistischen Ländern fand, könnte der Beginn einer neuen Periode der europäischen Politik ankündigen, wenn jene Mächte, welche bisher stets vor den Drohungen und Erpressungen des Faschismus zurückwichen, aus dem gemeinsamen Auftreten des faschistischen Brandstifterkonsortiums, das eine Neuverteilung der Welt anstrebt, die nötigen Konsequenzen ziehen würden. A. S.

Was zum Krieg gehört

Bei einem Sportwettbewerb in Pirmasens in der Pfalz wurden als Preise verliehen:

1. eine Gasmasken,
2. ein Mausergewehr, neuestes Modell,
3. ein Revolver,
4. Hitlers »Mein Kampf«.

Kasernen- und Luxusbauten statt Arbeiterwohnungen

Auf dem Parteikongress in Nürnberg hat der Hauptdienstleiter Reinhardt das Dritte Reich belobt, weil der Rohzugang an Wohnungen 1934 doppelt so groß gewesen sei als 1932 und 1935 um zwei Drittel größer. Im Jahre des Tiefstandes 1932 hatte der Wohnungsbau in der Tat eine starke Schrumpfung erlebt. Aber das Dritte Reich tut seinem Wirtschaftsaufschwung keine Ehre an, wenn es seine Leistungen mit denen eines der schwersten Jahre vergleicht, die die Republik durchzumachen hatte. Ein Vergleich mit den besseren Jahren, auch so weit die Krisenjahre gewesen sind, läßt die Ergebnisse der Wohnungsbautätigkeit des Hitlerregimes weniger gut abschneiden. Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 4. November 1936 bleibt der Wohnungsbau in den ersten beiden Jahren des Hitlerregimes ziemlich weit hinter der Krisenzeit der Republik zurück, und auch heute noch sind die Leistungen ihrer besten Zeit nicht erreicht. Im Jahre 1931 wurden 231.000 neue Wohnbauten errichtet, 1933 nur 133.000, 1934 190.000. In den drei Jahren 1929-31, worunter 1930 ein halbes und 1931 ein vollgültiges Krisenjahr, betrug der Zuwachs an Wohnungen durch Neubauten und Umbauten 920.000, in den drei ersten Jahren Drittes Reich 750.000, also um 15 Prozent weniger. Berücksichtigt man die Neubauten allein, so ist das Zurückbleiben hinter den Leistungen der Republik noch auffallender. Durch Neubauten wurden die Wohnungen vermehrt 1929-31 um 850.000, 1933-35 530.000, das ist um 40 Prozent weniger. 1929-31 entfielen 15 Prozent auf Umbauten, 1933-35 ein Viertel. 1929-31 entstanden 66.000 neue Wohnungen durch Umbauten, 1933-35 250.000. Ein Vergleich mit den Aufschwungsjahren der Republik stellt Hitler als Erbauer von Heimstätten für Menschen ein noch schlechteres Zeugnis aus. Hinter ihnen würde sogar das Jahr 1936 auch dann noch zurückbleiben, wenn die Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung richtig ist, daß für das laufende Jahr mit einem gesamten Wohnungszuwachs durch Neu- und Umbauten um etwa 300 bis 320.000 zu rechnen sei, denn 1928 hatte der Zugang betragen 330.000, 1929 335.000, 1930 330.000.

Der Vierjahresplan wird aber voraussichtlich durch diese Rechnung einen Strich machen. Die sechs neuen Anordnungen Görings, die ersten Maßnahmen zu seiner Durchführung, sollen zugleich die Lohnbewegung der rargewordenen Facharbeiter abrosseln und diese nach Möglichkeit für die kriegswichtigen Betriebe reservieren. Daher ist für das Baugewerbe eine Anzeigepflicht eingeführt worden. Jedes private Bauvorhaben, das mehr als 5000 Mark kostet, und jeder öffentliche Bau mit Kosten von mehr als 25.000 Mark, müssen angemeldet werden. Es können für sie nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch die Baustoffe versagt werden. Man erfährt aus dem »Grundstein«, daß bereits seit August, also noch vor der Verkündung des Vierjahresplanes durch den Führer, alle Bauvorhaben mit mindestens 25.000 Mark Lohnsumme dem zuständigen Arbeitsamt gemeldet werden mußten. Es ist also anzunehmen, daß der Wohnungsbau bereits seit Monaten gedrosselt wird, damit Facharbeiter für die Aufrüstung gespart werden. Der »Grundstein« schlägt die Einführung einer »Rangordnung des Bauens« vor. Im Dienste der Wehrhaftmachung, der Sicherung der Ernährung, der Rohstofffreiheit und des Arbeiterwohnungsbaues in den neuen Industriegebieten müsse der Bau von Einfamilienhäusern und von Luxuswohnungen zurückstehen. Bisher ist allerdings genau umgekehrt verfahren worden. Aus den Zahlen des Instituts für Konjunkturforschung geht klar hervor, daß im Hitlerreich der Wohnungsbau weit weniger den Charakter der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Schichten hat als in der Zeit der Republik. 1932 betrug der Anteil der öffentlichen Körperschaften und der mit öffentlichen Mitteln gespeisten gemeinnützigen Bauvereinigungen an den Bauherren fertiggestellter Neubauwohnungen 56 Prozent, der privaten Bauherren 44 Prozent. Die öffentliche Hand überwog also. 1935 war der Anteil der öffentlichen und halböffentlichen Wohnungsbauteilnehmer nur 32 Prozent, 68 Prozent, also mehr als zwei Drittel entfielen auf Private. Unter Zugrundelegung dieser Prozentzahlen ergibt sich, daß im Jahre des Hitleraufschwungs 1936 mit öffentlichen Mitteln nicht mehr Neubauwohnungen errichtet worden sind als im Krisenjahr 1932, nämlich 45.000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1932 unter dem Anschwellen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung der öffentliche Wohnungsbau leiden mußte. Die Mittel, die das Dritte Reich bei der Arbeitslosenunterstützung spart, werden anstatt für billige Wohnungen, für teure Kasernen verausgabt.

Der Danziger Verfassungskonflikt

Geplante Terrorisierung des Danziger Volkstages

Im Danziger Verfassungskonflikt ist in der Vorwoche eine neue Verschärfung eingetreten. Der Danziger Senat hat dem polnischen Generalkommissar in Danzig eine Note überreichen lassen, die eine Antwort auf den polnischen Protestschritt vom 24. Oktober d. Js. darstellen soll, mit dem Polen die Wahrnehmung seines Völkerbundsmandats bezüglich der Beobachtung der Vorgänge in Danzig einleitete. In einer von der Pressestelle des nationalsozialistischen Senats herausgegebene Meldung wird die Danziger Note als ein Zwischenbescheid bezeichnet. Sie nehme, so heißt es, zu dem Inhalt der polnischen Note vom 24. Oktober, in der Polen auch Forderungen nach Erweiterung des direkten polnischen Einflusses im Innern Danzigs erhoben habe, nur grundsätzliche Stellung. Der Danziger Senat erkläre in der Note, daß sämtliche Verhandlungen erst nach Rückkehr des »krankheitshalber« in einem deutschen Bad weilenden Senatspräsidenten Greiser, voraussichtlich Anfang Dezember, beginnen könnten. Ferner wies der Danziger Senat in seiner Note darauf hin, daß der in Genf an Polen erteilte Auftrag sich lediglich auf die Entspannung der Beziehungen der Freien Stadt zum Völkerbund beschränkt habe, worunter zu verstehen sei, daß Danzig die polnischen Beschwerden, die zum Zweck der Erweiterung der polnischen Rechte angebracht worden seien, als nicht zu erörtern, »zurückweise«. Der Danziger Senat, so heißt es in der amtlichen Danziger Presseverlautbarung zum Schluß »spreche die Erwartung aus, daß die polnische Seite alle Maßnahmen ergreife, die zur Bereinigung der Atmosphäre zwischen Danzig und Polen ergriffen werden können.«

Der Ton, in dem diese Note gehalten ist, entspricht ganz der intransigenten Haltung, die der Danziger Senat unter dem Kommando höchster Parteistellen in Berlin auch in der Danziger Innenpolitik weiter einnimmt. In unterrichteten Danziger Kreisen spricht man davon, daß der Senat die Absicht habe, noch vor Ende d. Js. dem Danziger Volkstag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der vom Völkerbund garantierten Danziger Verfassung vorzulegen. Die geplante Verfassungsänderung soll die Totalitätsansprüche der NSDAP und die Ausschaltung aller nichtnationalsozialistischen Parteien und Vereinigungen »rechtliche« sicherstellen.

In Nazikreisen verspricht man sich, durch Anwendung von Druckmitteln auf die oppositionellen Abgeordneten, bezw. durch Vornahme von Verhaftungen nicht gefügiger Abgeordneter, die Annahme einer solchen Verfassungsänderung erzwingen zu können. Eine vom Volkstag beschlossene Verfassungsänderung würde juristisch allerdings erst durch eine Zu-

stimmung des Völkerbunds rats Gültigkeit erlangen.

Die Antwortnote des Nazisenats an die polnische Regierung und die in Danzig verbreiteten Gerüchte über eine geplante Verfassungsänderung weisen erneut auf den ganzen Ernst der Situation in Danzig und darüber hinaus auf die Spannungen hin, die die Danziger Frage in das deutsch-polnische Verhältnis hineingetragen haben. Man erfährt jetzt auch, daß der deutsche Botschafter in Warschau, von Moltke, in seiner letzten Unterredung mit dem polnischen Außenminister Beck, Polen gegenüber keinerlei direkte Zusagen über eine versöhnliche Haltung des Dritten Reichs in der Danziger Frage gemacht hat. Außerordentlich bezeichnend sind auch die in den letzten Tagen in der reichsdeutschen und in der gleichgeschalteten deutschen Presse Polens immer wiederkehrenden Hinweise auf zahlreiche Klagen der deutschen Minderheit in Polen und auf den wieder akut gewordenen Streit über den deutschen Transitverkehr durch den polnischen Korridor.

Die polnische Regierung nimmt zu allen diesen Konfliktpunkten zunächst eine abwartende Haltung ein. Offensichtlich bemüht man sich, einer Erweiterung der Streitfragen durch die öffentliche Diskussion entgegenzuwirken. Die Danziger Antwort ist beispielsweise in der Presse inhaltlich nicht ausführlich wiedergegeben worden. Es ist aber klar, daß man in maßgebenden polnischen Kreisen den ganzen Ernst der Lage, der durch die Danziger Note und die täglich aus Danzig in Warschau einlaufenden alarmierenden Meldungen am besten gekennzeichnet wird, nicht übersieht. Polen wird, wenn es seinen Völkerbundsmandat erfüllen will, eine energische Haltung gegenüber Danzig einzunehmen haben. Es ist nicht minder wichtig, daß die übrigen Ratsmächte, insbesondere England, dessen Außenminister der Berichterstatter des Völkerbunds rats in Danziger Fragen ist, mit wachsamem Auge die Lage in Danzig prüfen, wenn nicht die in Berlin so beliebte Methode der Schaffung »vollendeter Tatsachen« in Danzig erneut Erfolg haben und dem internationalen Rechtsleben einen weiteren schweren Stoß versetzen soll.

Vor dem Schöffengericht in Danzig fand am 20. November eine Strafgerichtsverhandlung gegen die Gebrüder Anton, Bruno und Franz Klebba aus Babental, Kreis Danziger Höhe, statt. Alle drei Angeklagten sind Mitglieder der Zentrums partei. Sie waren lediglich angeklagt worden, in einem Restaurant Lieder gesungen zu haben, die im katholischen Arbeiterverein üblich sind. In einem dieser Lieder kam der Satz vor: »Die Nazis müssen untergehen, Zentrum, das muß aufstehen.« Wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Ordnung wurde der Angeklagte Anton Klebba zu einer Gefängnis-

strafe von 8 Monaten verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten mußten wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Am 20. November 1936 fand vor der Großen Strafkammer in Danzig ein Prozeß gegen den 54-jährigen Zeitungshändler Heinrich Tosch statt. Er war angeklagt, antinationalsozialistische Schriften in Danzig verkauft zu haben. Außerdem sollte er in Briefen nach dem Ausland den Danziger Senatspräsidenten Greiser beleidigt haben. Der Angeklagte, der schwer tuberkulos ist und 4 Jahre Kriegsdienst geleistet hat, wurde zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt.

Dieser Tage wurden aus dem Polizeigefängnis in Danzig 7 Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, die sich in Schutzhaft befunden hatten, und die sämtlich aus Dörfern des Kreises Gr. Werder stammen, entlassen. Sie wurden geschlossen, im Auto, nach der Kreisstadt Tiegenhof, Kreis Großes Werder, gebracht und dem dortigen Landrat Andres als zuständigem Leiter der Kreispolizei zugeführt. Andres hielt an die 7 Schutzhäftlinge eine Ansprache, in der er von ihnen verlangte, daß sie sich nationalsozialistischen Organisationen anschließen sollten. Sämtliche 7 Sozialdemokraten lehnten dieses Ansinnen ab. Darauf wurden sie erneut in Schutzhaft genommen. Sie sind einzeln in den Spritzenhäusern ihrer Heimatdörfer eingesperrt worden.

Während 4 Angestellte der sozialdemokratischen »Danziger Volksstimme«, darunter der Verleger Fookon und der Redakteur Adomat, am 28. November aus der Schutzhaft entlassen worden sind, sind im Laufe der letzten Tage 43 neue Verhaftungen von der politischen Polizei vorgenommen worden. Die Verhafteten sind meist Arbeiter.

Bisher ist es nicht gelungen, den Führer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Blavier, der sich seit Wochen in Schutzhaft befindet, zu einem Uebertritt zu der Nationalsozialistischen Partei zu bewegen. Nunmehr beabsichtigt der Senat auch ein Disziplinarverfahren gegen den Führer der Zentrums partei, Dr. Stachnik, der als geistlicher Studienrat in Staatsdiensten steht, mit dem Ziel der Dienstentlassung einzuleiten.

Die Hetze der nationalsozialistischen Presse gegen den bisherigen Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Gamm, und ein anderes Mitglied der Deutschnationalen, den ehemaligen Kriminalsekretär Chall, ist nunmehr zusammengebrochen. In einer Verhandlung vor der Großen Strafkammer in Danzig, die am 26. November stattfand, und in der beide, nachdem sie monatelang in Untersuchungshaft gesessen hatten, wegen angeblichen Meineides angeklagt waren, sind sowohl Gamm als auch Chall freigesprochen worden.

noch mehr als bisher der Wohnungsbau der Wehrkraft geopfert werden. G. A. F.

Bereit bis zum letzten Gamashenkopf!

Die Universität hat längst Mobilmachungsordre.

In einer Festschrift, die jetzt mit Beiträgen der einzelnen Fakultäten zum hundertfünfzigjährigen Bestehen der Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau erschienen ist, heißt es in der Huldigung der medizinischen Fakultät:

»Der Staat hat in erster Linie Interesse daran, daß auf seinen Universitäten gute Aerzte ausgebildet werden, die ihrer Aufgabe in der Praxis gewachsen sind. Deutschland ist im Zustand der belagerten Festung. Es muß sich darauf einstellen, zu jeder Zeit und unter allen Umständen auch mit seiner Ärzteschaft den Aufgaben gewachsen zu sein, die der Augenblick ihm aufdrängen kann. Und gerade hier in Schlesien muß jeder ältere Student der Medizin und jeder praktische Arzt zugleich ein Arzt des Heeres sein und über alle Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, die der Augenblick der Not von ihm verlangen kann. Daran mitzuarbeiten ist die wichtigste Aufgabe der Medizinischen Fakultät der Universität. Wenn darüber gelegentlich einmal weniger wichtige Fragen zurückzutreten haben, so kann das vielleicht der einzelne Forscher im Augenblick bedauern. Jeder Hochschullehrer, der nicht nur ein weltfremder Forscher, sondern

Erzieher der ihm anvertrauten Jugend im Dienste des Volkes ist, wird es als seine Aufgabe empfinden, am großen Werk des Führers mitzuarbeiten und ihm zu helfen, seinem Volk diejenige Sicherheit zu geben, die es zur Erhaltung seiner friedlichen Aufgabe gebraucht.«

Wer jetzt noch immer nicht begreift, daß das »große Werk des Führers« eben der totale Krieg ist, bestimmt, das »belagerte« Deutschland (wer belagert? Und seit wann wird belagert?) aus seiner »Festung« in anderer Leute Gemüsegärten glorreich zu geleiten, kann sich höchstens mit Unkenntnis der deutschen Schriftsprache noch entschuldigen.

Nicht nur Kanonen — auch Opern statt Butter!

»Der Führer und Reichskanzler hat bestimmt, das München ein neues Opernhaus erhält. Es soll die größte und modernste Oper der Welt werden; die Pläne liegen bereits vor.«

Aus einem Bericht der »Frankfurter Zeitung« »München als Großstadt« in Nummer 593 d. Jgs. Die rund fünfhundert Opernhäuser, die Deutschland noch besitzt, und die in der Tat gegenüber der gleichen Zahl in anderen und reicheren Ländern einen teuren Pietättsrekord sonderbarster Art darstellen, waren eine der grauen Sorgen des früheren Deutschland. Der »Führer« schlägt das nieder gleich »mit der größten und modernsten Oper der Welt«, ohne die und unter der wir es auch wahrhaftig nicht tun können. Der Buttermann mag ausbleiben, Lohengrin bleibt uns ja doch!

Weltpolitik und Status quo im Osten

England, Mitteleuropa und der deutsche Imperialismus

Die deutsch-italienische Zusammenarbeit wie das deutsch-japanische Militärbündnis haben in England große Unruhe hervorgerufen. Man beginnt zu verstehen, daß die Diktatorländer sich auf einen Krieg vorbereiten, an dessen Ende eine Neuverteilung der Welt zugunsten von Deutschland, Italien und Japan stehen soll. Man erkennt, daß das britische Empire das Objekt der Begehrlichkeit der »have nots« ist. Das Gefühl der Sicherheit und des Unbeteiligtseins an der Erschütterung aller Rechts- und Sicherheitsverhältnisse auf dem Kontinent weicht dem Gefühl einer unmittelbaren Bedrohung.

Die englische Politik hat bisher eine sehr starke Uninteressiertheit an der Frage des Status quo in Mittel- und Osteuropa gezeigt. Sie hat kein Verständnis dafür gehabt, daß diese Frage ihre eigenen Lebensinteressen berührt. Aber jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die englische Politik sich zu dem Verständnis durchringen muß, daß gefährliche Stöße gegen ihre Interessen vom deutschen Imperialismus im Südosten Europas geführt werden könnten, und daß die Umwälzung des Status quo im Osten die Ouvreure, wie die notwendige Voraussetzung zu einem Angriff des deutschen Imperialismus auf die westeuropäischen Demokratien wie zur Beraubung der westeuropäischen Kolonialmächte ist. Eine Trennung der Westfragen von den Ostfragen, ein Nachgeben gegenüber der deutschen These von der Teilbarkeit des Friedens würde für die westlichen Demokratien, würde vor allem für England Selbstmord bedeuten. Die Kurzsichtigkeit, die glaubt, daß man durch eine Lockerung der Verträge zwischen Frankreich und Sowjetrußland, zwischen Sowjetrußland und der Tschechoslowakei den deutschen Angriffswillen beschwichtigen könnte, ist lebensgefährlich.

Der unzertrennbare Zusammenhang zwischen den Westfragen und den Ostfragen in Europa wie zwischen beiden und den großen weltpolitischen Fragen wird mit eindringlicher Klarheit und glänzender Dialektik klargestellt in einer Studie, die Oberst E. Moravec, Professor an der Tschechoslowakischen Kriegshochschule, im Orbisverlag in Prag veröffentlicht hat. Diese Studie nennt sich »Die strategische Bedeutung der Tschechoslowakei für Westeuropa« und sie berührt alle die von uns angedeuteten Beziehungen.*)

Diese Schrift geht von der Voraussetzung aus, daß es ein altes Ziel deutscher imperialistischer Expansionspolitik ist, die sogenannte »eurasische Transversale«, die Linie Hamburg—Basrah (Berlin—Bagdad) zu beherrschen. Der Vormarsch auf dieser Linie ist durch den Weltkrieg aufgehalten worden, er hat jetzt — und das ist der Ausgangspunkt dieser Schrift — wieder begonnen. Vor dem Weltkrieg beherrschte Deutschland von dieser Linie, auf der fast mathematisch genau Prag, Budapest und Konstantinopel liegen, und deren europäischer Teil 1750 km lang ist, nicht weniger als 1350 km dank dem Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Heute sind 670 km in deutschem und ungarischem Besitz, 1080 km im Besitz der Kleinen Entente. Die Schlüsselstellung aber, die Deutschland an der Rückeroberung seines Vorkriegseinflusses hindert, nimmt die Tschechoslowakische Republik ein.

»Die Vernichtung der Tschechoslowakei würde Deutschland 490 km der eurasischen Transversale einbringen, was zu den 200 km des ungarischen Stücks hinzugefügt, im ganzen 1150 km ausmachen würde. Die Zerschmetterung und Liquidation der Tschechoslowakei würden es Deutschland erlauben, sich von neuem der Donauregion zu bemächtigen... Damit Deutschland seine alte Hegemonie in Mitteleuropa und an der Donau errichtet, würde ihm heute die Erdrosselung der Tschechoslowakei genügen.« (S. 39, 40.)

Ausführliche Darlegungen machen die große strategische Bedeutung des Donaubekens als des großen Kreuzweges aller Handels- und Kriegstraßen Europas, und der Tschechoslowakei als der Schlüsselposition klar. Davon ausgehend zeigt der Verfasser, wie ein deutscher Vorstoß nach Südosten die deutsche Strategie zwingen

würde, sich Italiens und Polens zu versichern, wenn nicht auf dem Vertragswege, so durch Gewalt. Er zieht die Konsequenzen, die ein Fall der Tschechoslowakei für beide Länder — und auch für Sowjetrußland — nach sich ziehen würde, er skizziert die gewaltigen Vorteile, die diese Länder aus einer gemeinsamen Politik gegen die deutsche Expansion ziehen würden. Schon seine Darlegungen über Italien zeigen, wie West- und Mittelmeerfragen und die Frage des Status quo im Osten ineinander greifen. Noch eindrucksvoller ist seine Beweisführung, wenn er auseinandersetzt, wie das englische Interesse mit der Existenz der Tschechoslowakei verknüpft ist. Die deutsche Expansion längs der eurasischen Transversale zielt nach dem Zentrum der englischen Herrschaft, die sich um den Indischen Ozean herum ausbreitet. Längs dieser Linie trifft sie nicht nur auf die besten Verkehrswege und Eisenbahnen, sondern vor allem auch auf die wichtigsten Petroleumvorkommen, Rumänien, Mossul, Südpersien, die den Betriebsstoff für die modernen Luftflotten liefern:

»Die Entfernung des rumänischen Beckens von den großen deutschen Luftbasen beträgt 1300 km; die rumänische Basis ist von der Basis von Mossul 1800 km entfernt. Die Entfernung von Mossul vom Nordufer des persischen Golfs (wo die Transversale endet) ist kaum größer als 800 km. Und nun wollen wir annehmen, daß heute, wo man Kriege auf »Wogen von Petroleum« gewinnt, eine Macht sich unserer beiden mächtigsten Luftbasen, Rumänien und Mossul, bemächtigen würde. Was würde England tun? Die Situation, die im Jahre 1918 geschaffen worden ist, würde ganz einfach zerstört sein und der Krieg um die eurasische Transversale würde mit gleicher Erbitterung wie ehemals von vorne anfangen.

Kein europäischer Staat ist an der Situation der rumänischen Petroleumbasis so interessiert wie England. Solange die Tschechoslowakei existiert, trennen mehr als 1000 km Deutschland vom rumänischen Petroleum. Wäre die Tschechoslowakei erst einmütig geschlagen, so würden es nur mehr 300 sein.

England kann sich weder an dem desinteressieren, was auf der eurasischen Transversale längs ihres europäischen Abschnittes vor sich geht, noch am Besitzer der rumänischen Petroleumbasis. Also kann sich England auch nicht an der Tschechoslowakei desinteressieren, die 500 km der Transversale bewacht und die die vorgeschobene Schildwache der rumänischen Petroleumbasis ist.

Die Lehre dieser Studie über Luftstrategie unter mitteleuropäischem Gesichtspunkt ist die folgende: damit die Sicherheit Englands im Indischen Ozean gewährleistet sei, darf die Donauregion nicht durch die Luftwaffe einer Macht ersten Ranges beherrscht werden... Man könnte sagen, daß England die Verteidigung des Bassins von Mossul und der Verbindungen zwischen Afrika und Südasien auf den Klüften der Sudeten und Karpathen organisieren muß.« (S. 55, 56.)

Oberst Moravec setzt weiter auseinander, welche Bedeutung die Kleine Entente und die Balkanentente in diesem Zusammenhang habe:

»Wenn das kontinentale Vieleck, das vom Schwarzen und Kaspischen Meer, Mittelmeer, Rotem Meer und Indischem Ozean begrenzt wird, die Vorhalle des Indischen Ozeans und von Indien selbst darstellt, so ist die Balkan-Entente die große Treppe, die zur Vorhalle führt, und die Kleine Entente die Gartenmauer, deren Haupttor die Tschechoslowakei darstellt. Wem es gelingen sollte, das Tor einzudrücken, würde auf die Treppe vordringen und von der Treppe ins Vestibül.« (S. 66.)

Diese ernste Mahnung an die weltpolitischen Zusammenhänge ist übrigens alles andere, als ein Ausfluß von Furcht. Mit großer Ruhe setzt der Verfasser auseinander, daß die Kleine Entente heute über 60 Friedensdivisionen verfügt, die jedem Angreifer zu denken geben sollten, der es mit ihnen in der Front oder in der Flanke zu tun bekommen würde — wie überhaupt in dieser nur scheinbar so kriegerischen Betrachtung es sich nicht um den Krieg, sondern mit der Erhaltung des Status quo im Osten um die Erhaltung des Friedens handelt. Das wird in den Schlußworten dieser Studie ganz klar:

»Die Kleine Entente und die Balkan-Entente kontrollieren heute den mittleren Ab-

schnitt der eurasischen Transversale auf fast zwei Dritteln seiner Länge. Natürlich ist die Kontrolle der beiden Ententen längs der eurasischen Transversale von strikt defensivem Charakter. Die sieben oder zehn Nationen, die die beiden Ententen umfassen, können ungeachtet ihrer 75 Millionen Einwohner keine Eroberungsabsichten haben; denn sie würden in der Tat die Früchte ihrer Eroberungen nicht verteilen können. Und eben deswegen bilden die beiden Ententen heute in Europa eine mächtige Kraft der Erhaltung und einen wesentlichen Gleichgewichtsfaktor. An dem Tage, an dem die beiden Ententen einem Stoß nachgeben würden, der längs der eurasischen Transversale geführt würde, würde man nicht nur eine Verschiebung der Grenzpfähle in Europa, sondern eine Neuverteilung der Welt erleben. (S. 66, 67.)

Soweit die Studie von Oberst Moravec. Diese scharf formulierten Darlegungen werden besonders eindrucksvoll im Lichte der jüngsten Tatsachen stehen. Im Zusammenhang mit ihrer Intervention in Spanien suchen Deutschland und Italien eine panarabische Bewegung aufzureizen, die in Nordafrika und Vorderasien wirksam werden soll. Damit sollen vor allem die Pufferstaaten durchdrungen werden, die in Vorderasien Englands indischen Besitz decken. Der Aufstand in Palästina und die Militärrevolte in Irak, in denen Deutschland seine Hand hat, lehren, daß die Vorbereitungen zum Vorstoß längs der eurasischen Transversale nicht nur an ihrem europäischen, sondern auch an ihrem asiatischen Stück getroffen werden. Die

Schlechte Karriereaussichten für Ingenieure

Wenn einer eine Reise tut.

Josef Wünsch, der Wirtschaftsredakteur der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, hat eine Fahrt durch Sachsen gemacht und kann einiges Interessante darüber erzählen, z. B. was ihm ein Professor der Freiburger Bergakademie, »wohl die berühmteste Lehr- und Forschungsstätte des Metallbergbaues«, über den Nachwuchs von Bergingenieuren berichtet hat. Die Bergakademie, an der der Professor wirkt, »stellt sich mit all ihren Erfahrungen dem Vierjahrplan zur Verfügung. Der Professor aber antwortet auf die Frage, »wie es denn mit unserem Nachwuchs an Bergingenieuren bestellt ist: »Leider schlecht«. Er ist stark zusammengeschrumpft. Und die Ursachen?

»Schuld daran trägt vor allem die kurzsichtige Politik der Industrie, die zwar in ihren Finanzen und Maschinen eine langfristige Reservierpolitik trieb, aber mit ihren wertvollen Fachkräften Raubbau trieb. Die katastrophale Gehältpolitik, die von der Industrie mit jungen Ingenieuren getrieben wurde, das hastige Abstoßen von Mitarbeitern in Krisenzeiten hat natürlich den Nachwuchs stark abgeschreckt. Es dauert Jahre, bis die entstandene Lücke wieder aufgefüllt ist. Dann hat zunächst der Aufbau der Wehrmacht viele junge Leute absorbiert. Es war und ist noch für viele Abiturienten aussichtsreicher Offizier zu werden. Mitglied eines geachteten Standes, mit einer Karriere vor sich und einer Pension im Alter als einen teuren und stark konjunkturabhängigen akademischen Beruf zu ergreifen, der auf so schlechte Jahre zurückblickt. Das gilt erst recht von den Eltern: ein Sohn in der Wehrmacht kostet sie wenig, ein Sohn im Studium viel.«

Eine fast noch größere Gefahr für die Fortsetzung der Aufrüstung im bisherigen Tempo als der Mangel an Facharbeitern ist das Fehlen des Nachwuchses von Technikern. In der Tat ist von der Industrie ein Raubbau mit ihren wissenschaftlich geschulten Kräften getrieben worden. In der Krise wurden nicht nur die Gehälter der Ingenieure und Techniker stark abgebaut, sondern massenweise auch diese selbst. Aber die Aufrüstung hat einen großen Bedarf an technischen Kräften mit sich gebracht, dennoch scheint ihre Entlohnung kaum höher zu sein als in der Krisenzeit, die dem Hitlerregime vorausgegangen war. Wäre es anders, dann müßte, sollte man annehmen, jungen Leuten aus dem Bürgertum die industrielle Karriere mindestens ebenso verlockend erscheinen wie die militärische, das Generaldirektorspatent in der Brieftasche so reizvoll wie der Marschallstab im Tournister. Nebenbei: es scheint, daß die jungen Leute bürgerlicher Herkunft ihren militärischen Beruf wählen, nicht um heldisch ihr Leben fürs Vaterland einzusetzen, sondern um sich von ihm gut und mit Pensionsberechtigung versorgen zu lassen. Entscheidend ist, daß die

Versuche, die strategisch-politische Lage zwischen Böhmen und dem Schwarzen Meer zu verändern, reißen nicht ab. Der deutsche Imperialismus arbeitet an dem Einsturz des Status quo im Osten, weil erst dieser Einsturz ihm den Weg zu der großen weltpolitischen Aktion frei machen würde.

Es war ein verhängnisvoller Fehler der englischen Politik, daß sie bisher ihre Augen vor diesen Zusammenhängen verschlossen, daß sie mitteleuropäische Politik und Weltpolitik nicht als Einheit begriffen hat. Heute aber, wo durch das deutsch-italienische Abkommen gewissermaßen die Rheinlandbefestigung nach Süden verlängert worden ist, wo eine Barriere der Diktaturstaaten die strategischen Linien zwischen Westen und Osten zerschnitten hat, wo Italien Deutschland eine Seebasis und eine Luftbasis im Mittelmeer gibt — noch dazu in nächster Nähe der kürzesten Linie zwischen der Nordsee und dem Persischen Golf — heute drängt sich die Einheit der europäischen Politik auch dem Kurzsichtigen mit Gewalt auf. Der Angriff des deutschen Imperialismus auf den Status quo im Osten und der Angriff auf weltpolitische Objekte sind zwei Etappen des Generalangriffs, der auf eine Neuverteilung der Welt abzielt. Es wäre kurzsichtig, wenn man aus dem Hervortreten des weltpolitischen Zuges des deutschen Expansionswillens schließen wollte, daß in Mittel- und Osteuropa Entspannung eintreten würde, es wäre ebenso kurzsichtig wie jene Anschauungen in England, die von der freien Hand für Deutschland im Osten Ruhe und Entspannung für das britische Empire erhoffen. Jetzt ist keine Zeit mehr für Illusionen jeder Art; denn der Angriff ist im vollen Gange — auf allen Schauplätzen!

Max Klinger.

Methoden, wie das Dritte Reich die Wehrhaftmachung besorgt, geeignet ist, diese selbst zu gefährden. Denn der starke Verbrauch von Offizieren im stehenden Heere erzeugt Mangel an Offizieren der industriellen Armee, die für den Ausgang eines Krieges mindestens ebenso wichtig sind wie jene. Der militärische Drill, der den jungen Leuten aufgezungen wird und mit dem sie einen Teil ihrer wertvollsten Jahre verbringen müssen, läßt sie alt werden, bis sie ihr Studium beendet haben und instande sind, sich aus eigener Kraft zu erhalten. Es ist also das wahnsinnige Tempo, mit dem sich das Hitlerregime anstrengt, der Welt zu zeigen, wie stark es ist, das seine militärische Stärke selbst in Frage stellt.

Göbbels gegen das Dritte Reich

»Es ist nicht wahr, daß die Völker den Krieg wollen. Sie wollen ihn nur, wenn die öffentliche Meinung sie zum Krieg aufstachelt; sie sind friedliebend, wenn die Regierungen sie zum Frieden erziehen. Läßt man den Blick schweifen über Europa und läßt man jetzt 18 Jahre nach Ende des großen Krieges wieder das verantwortungslose Geschwätz vom »kommenden Kriege« vernehmen, so könnte man an der Zukunft dieses Erdteiles verzweifeln.«

(Göbbels auf dem Kontinentalen Reklamekongress in Berlin am 24. November 1936.)

Der rachsüchtige Krüppel

Wir lesen in einem Berliner Boulevardblatt:

»Ein intellektuelles Vieh von abstoßender Heißhelligkeit, dessen morscher Körper von einem teuflischen Geist besetzt ist. Er hat sich ein Brett über die Badewanne legen lassen und unterschreibt darauf »mit dem ganzen Haß des Kranken auf alle Gesunden« (biologische Dynamik des Dramas!) Todesurteile am laufenden Band, wenn es nicht gerade Hetzartikel für den »Volksfreund« sind.«

Um was handelt es sich? Etwa um die dramatische Verzerrung eines Propaganda? Ja, so ungefähr, aber er heißt Marat und gefeiert wird seine Mörderin Corday in einer Berliner Uraufführung. Die DAZ schmeißt noch verdächtiger mit Steinen, indem sie sich in ihrer durchaus abfälligen Rezension den Satz zuschulden kommen läßt:

»Der ehemalige Tierarzt Marat sitzt mit Schwären bedeckt in seiner historischen Badewanne, wo er Todesurteile unterzeichnet, getrieben von seiner eigenen Mißgestalt und seiner Krankheit.«

Was sagt man im Propagandaministerium dazu? Verbirgt sich in diesen Anspielungen auf den »rachsüchtigen Krüppel« nicht schon ein getarnter Ruf nach einer modernen Charlotte Corday? Womit wir Marat jedoch nicht etwa mit reaktionären braunen Haßdemagogen auf eine Stufe stellen wollen!

*) »La valeur de la Tchécoslovaquie pour l'Europe occidentale« par Le colonel Emanuel Moravec, Orbis, Prag.

Die Politik der Sowjetunion

Kommunistische Ideologie und machtpolitische Realität

Wir haben an dieser Stelle Ausführungen der wirtschaftlichen Unterlagen aufzuzeigen versucht, die die aggressive Expansionspolitik der Diktaturen bestimmen. Wir haben gesehen, wie dadurch machtpolitische Probleme erster Ordnung, die die Existenz der Staaten selbst unmittelbar berühren, aufgeworfen werden und sich in der deutsch-italienischen Kooperation eine Kriegskonstellation vorbereitet, die England und Frankreich bedroht. Sind aber diese objektiven Feststellungen nicht im völligen Widerspruch mit der herrschenden Ideologie, wonach es sich in der auswärtigen Politik heute um den großen Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie, ja zwischen Faschismus und Bolschewismus, zwischen Bourgeoisie und Proletariat handle? Hat nicht der spanische Außenminister del Vajo kürzlich die These aufgestellt, die Zeit der nationalen Kriege sei vorüber, wir stünden wie zur Zeit der Religionskriege jetzt wieder vor einer neuen Ära der Weltanschauungskriege, die in Spanien bereits ihren Anfang nähme? Und lassen Hitler und seine Kumpane einen Tag vergehen, an dem sie nicht den heiligen Kreuzzug gegen den Bolschewismus predigen und finden sie damit nicht die Zustimmung Italiens und Japans? Die Macht dieser Ideologie ist um so stärker, da sie eine große Aufnahmebereitschaft auch in sozialistischen Kreisen findet. Zeigt sich denn nicht in dieser Entwicklung, daß der Klassenkampf aus dem einzelstaatlichen Rahmen auf das internationale Gebiet übertragen werden muß? Daß die Arbeiterklasse überall den Kampf gegen den Faschismus zum Inhalt ihrer Außenpolitik machen muß selbst auf die Gefahr des Krieges hin? Und bleibt ihr denn eine Wahl, wird ihr denn nicht die Entscheidung von dem faschistischen Angreifer aufgezwungen?

Die Idee ist so verführerisch, weil sie so einfach ist. Aber Weltanschauung und auswärtige Politik, Ideologie und Realität ist eine sehr komplizierte Angelegenheit. Franz I., allerchristlicher König von Frankreich, der Gegenspieler Karls V., schloß ein Bündnis mit den Ungläubigen, den Türken. Das wurde damals von den Gegnern genau so als Verrat am christlichen Abendland gebrandmarkt, wie heute das französisch-sowjetrussische Abkommen als Verrat an der europäischen Kultur. Aber Franz I. brauchte Unterstützung gegen Habsburg in der machtpolitischen Auseinandersetzung um den Besitz Oberitaliens. Und im dreißigjährigen Krieg stand auf Seiten der deutschen Protestanten und Gustav Adolfs der Kardinal Richelieu trotz der blutigen Unterdrückung des französischen Protestantismus, wie heute Atta Türk trotz der Niederhaltung des Kommunismus der Verbündete Stalins ist. Richelieu ging es trotz seines militanten Katholizismus eben um das französische Machtinteresse, um die Rheingrenze, um die Schwächung der habsburgischen Kaisermacht. Der ideologische Verrat war die Grundlage der französischen Hegemonie.

Es ist eine allerdings psychologisch verständliche Eigenschaft vieler, die sich Marxisten nennen, daß sie von der kritischen Analyse ihrer eigenen sozialistischen Ideologie, die vielleicht noch vor kurzem echte realistische Erkenntnis war, zurückschrecken und damit zum Gegenteil von Marxisten, zu Dogmatikern wurden. Das ist besonders häufig auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und nirgends gefährlicher. Denn die verhältnismäßig einfachen, weil zumeist klar klassenmäßig bestimmten Probleme der inneren Politik der Arbeiterbewegung werden dann in den Hintergrund gedrängt durch die ungeheuer mannigfaltigen Existenzfragen der Staaten. Die Staatsorganisation muß aber in den kritischen Zeiten ihrer Lebensbedrohung alle Kräfte der Gesellschaft und ihrer dirigierenden Klassen und Schichten ihrer Macht unterordnen. Zeiten, in denen die Außenpolitik dominiert, die Kriegsdrohung akut wird, sind deshalb für die moderne Arbeiterbewegung nur zu leicht Zeiten schwerer Tragik. Ihr eigentlicher Kampf wird gehemmt durch die Gefahr der auswärtigen Kampfentscheidung, der ihr Kampfterrain mit unmittelbarer Vernichtung bedroht. Man

braucht sich nur ein Beispiel vorzustellen. Gesetzt den Fall, die augenblicklichen sozialen Spannungen in Frankreich führten zu direkt revolutionären, bürgerkriegsähnlichen Ereignissen, bestände dann nicht die große Gefahr, daß das eine Revolution für Hitler und Mussolini würde, eine Gelegenheit der Diktaturen für die Ausführung ihrer Machtpläne?

Frellich ist die Hemmung der sozialistischen Selbstkritik begreiflich genug, da sie allzu leicht eine Schwächung der eigenen Position herbeizuführen scheint. Aber aussprechen, was ist, ist die Vorbedingung für die Erkenntnis, was werden wird, und für die Richtigkeit der Entscheidung, wie man handeln soll. Und die Kreuzung zwischen den wirklichen Machtmotiven, die in letzter Instanz die auswärtige Politik dominieren, und den ideologischen Motiven, die sie zu bestimmen scheinen, ist gerade heute wieder so mannigfaltig und verwirrend, daß eine nüchterne Analyse nur um so notwendiger ist, selbst auf die Gefahr hin, Empfindungen und Anschauungen zu verletzen, die an sich durchaus achtenswert sind.

Beginnen wir mit einer Kritik der russischen auswärtigen Politik, wobei wir voraussetzen, daß auch uns Sowjetrußland heute als wichtiger Faktor der europäischen Friedenspolitik erscheint. Wir übergehen die Kriegspolitik des Bolschewismus, den Friedensschluß von Brest-Litowsk, der eine ungeheure Stärkung des damals noch siegreichen deutschen Imperialismus war, den Lenin gegen den Rat Trotzki vollzog. 1918 war dann die russische Regierung gegen den Friedensschluß. Radek, heute das nächste Opfer der Stalinschen Mordjustiz, wirkte damals in Berlin für Ablehnung des Friedensvertrages und Fortsetzung des Krieges hinter der Elbe. Es war das Interesse der Machterhaltung des Bolschewismus, der mit Recht den Angriff der Ententemächte fürchtete, dem die deutsche Arbeiterschaft ebenso wie die englische und französische dienen sollte. Nur daß damals auch subjektiv die Fortsetzung des Krieges auch als Weitertreiben der Weltrevolution erscheinen konnte. Nach dem Friedensschluß begann die Annäherung der russischen Regierungspolitik an die der Deutschen. Der Kapp-Putsch wurde in Moskau sehr sympathisch aufgenommen und die »Iswestija« schrieb damals, mit einer ehrlichen nationalen Regierung werde eine Verständigung leichter sein als mit den sozialdemokratischen Verrätern. Der Rapallo-Vertrag wurde vollends zu einem engen Militärbündnis zwischen der Reichswehr und der Sowjetregierung. Während der Rheinlandbesetzung wirkten die deutschen Kommunisten unter russischem Einfluß für die Verschärfung des Konflikts, der deutsche Nationalbolschewismus trieb seine Blüten. Die russische Machtpolitik betrachtete die Westmächte und besonders England als ihre Hauptfeinde und Deutschland als ihr Bollwerk; deshalb suchte sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, diese Gesellschaft imperialistischer Räuber zu verhindern. Deshalb mußten die deutschen Kommunisten noch bei den letzten Wahlen das ganze außenpolitische Programm der nationalen Sozialisten gegen den Schandvertrag, die Reparationen, gegen Frankreich, übernehmen, mußte Thälmann in einer elsässischen Versammlung für eine neue Volksabstimmung und die Saarkommunisten noch unter Hitler für die Wiederangliederung an das Reich eintreten; deshalb mußte die deutsche Sozialdemokratie als konsequente Vertreterin der Friedens- und Verständigungspolitik bis aufs Messer — der Ausdruck ist ja leider nicht nur bildlich zu verstehen — bekämpft werden. Immer mehr diente die kommunistische Ideologie der russischen Machtpolitik, nicht die russische Macht der kommunistischen Idee. Vor die Wahl zwischen Machtinteresse und Idee gestellt, entschied das Machtinteresse. Weder die Zermalmung der ungarischen Räterepublik, noch die blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Bulgarien und den übrigen Balkanstaaten, für die Sinowjeff überall den Sieg der proletarischen Diktatur ver-

kündet hatte, veranlaßte die Sowjetregierung zur Intervention. Das verbot das Interesse der Selbsterhaltung und so überließ die Sowjetregierung die Armen ihrer Pein, nachdem die Komintern sie in die aussichtslosen Putsche getrieben hatte.

Die Aenderung der russischen Stellung zu Deutschland, die auch unter Papen und Schleicher sehr intim geblieben war, wurde erst von Hitler provoziert. Nicht gleich. Noch in seiner ersten Reichstagsrede hatte Hitler den Kampf gegen den deutschen Kommunismus als reine innere Angelegenheit bezeichnet — internationale Verträge gegen die Komintern waren damals noch nicht erfunden. Die guten Beziehungen zur russischen Regierung wurden aufrechterhalten. In der Tat wurde kurz darauf der Rapallovertrag erneuert; die russische Regierung erhob gegen die blutige Abschichtung der deutschen Kommunisten keinen Protest. Erst als auf dem Londoner Weltkongreß die von Hugenberg und Schacht als den deutschen Delegationsführern verfaßte Denkschrift vorgelegt wurde, die die Expansion nach dem Osten als Erforderung der deutschen Politik bezeichnete, trat die völlige Aenderung der russischen Außenpolitik ein, der Eintritt in den Völkerbund, die Wendung zu den Westmächten, der Abschluß der Abkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Als Instrument der Außenpolitik mußten die kommunistischen Parteien sich selbst umstülpen, als Verteidiger der Demokratie, als von jetzt an wirklich aufrichtige Vorkämpfer der Einheitsfront und Volksfront antreten. Es waren Gründe der Machtpolitik, Gründe der Selbstbehauptung, nicht Gründe der sozialistischen Ideologie, oder kommunistischer Selbsterkenntnis, die diesen völligen Umsturz der russischen Politik bewirkten.

Andererseits: der antibolschewistische Furor Hitlers betätigt sich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik mit besonderer Kraft erst seit dem Abschluß der französischen und tschechischen Verträge. Er ist ein ausgezeichnetes Mittel, die Gegner zu atomisieren, in der Außenpolitik das Spiel der Innenpolitik zu wiederholen. Es ist ein ausgezeichnetes Mittel, die machtpolitischen Ziele gegen Westen zu tarnen, die Aufmerksamkeit der Westmächte auf den Osten abzulenken. Es war ein ausgezeichnetes Mittel, solange die Gefahrenzone nicht durchschritten war, die deutsche Aufrüstung als ein unentbehrliches Verteidigungsmittel gegen die drohende »bolschewistische« Militärmacht auszugeben, und es hat namentlich in England vorzügliche Dienste getan. Und es leistet ausgezeichnete Dienste, indem es in alle bedrohten Länder Zwiespalt über die außenpolitische Politik trägt, Bundesgenossen bei der Reaktion zur Verteidigung gegen die bolschewistische Gefahr und damit für den eigenen Angriff wirbt. Und dabei wird Hitler noch von all denen unfreiwillig unterstützt, die ihm nicht auf die zur Machtentscheidung bewaffneten Fäuste, sondern nur aufs Maul sehen, und statt die Realität zu erkennen, nun ihrerseits in den Ruf einstimmen: Hie Faschismus, hie Bolschewismus und Sowjetunion und blind bleiben gegenüber der Aggression gegen die Westmächte.

Noch frappanter ist die Entwicklung der italienisch-russischen Beziehungen. Mussolinis Italien war einer der ersten Staaten, das die Anerkennung der Sowjetregierung vollzog — wenige Tage nach der Ermordung Matteottis erschien Mussolini bei dem Diner des russischen Botschafters in Rom. Seitdem haben Italien und Rußland ununterbrochen gute Beziehungen untereinander gepflegt und ihre wirtschaftlichen Austauschinteressen auszugestalten gesucht. Noch vor gar nicht langer Zeit beschäftigte sich die Weltpresse mit dem Thema einer weiteren Annäherung zwischen den beiden Mächten. Eine Aenderung ist erst neuerdings eingetreten. Das Abkommen Rußlands mit der Tschechoslowakei erschwert die Absicht der Atomisierung der Kleinen Entente, die Italien in Kooperation mit Deutschland verfolgt. Noch unmittelbarer vielleicht wirkt der Abschluß des Vertrages von Montreux über

die Wiederbefestigung der Dardanellen. Er macht nicht nur die Türkei, den Bundesgenossen Rußlands, der sich zugleich England sehr genähert hat, zum Herren der für die Macht im Mittelmeer wichtigen Meerengen; er hat — und das erklärt das anfängliche Zögern Englands, auch das Recht Rußlands festgestellt, den Bestimmungen des Völkerbunds gemäß den angegriffenen Mächten mit seiner Schwarzenmeer-Flotte gegen den Angreifer zur Hilfe zu kommen. Das heißt, die russische Flotte verfügt in diesem Fall über den Ausgang ins Mittelmeer, keine angenehme Aussicht für Italien in der gegenwärtigen Situation. Mussolinis Wendung in der auswärtigen Politik gegen den Bolschewismus, die neuesten Datums ist, entspringt also keineswegs der Ueberredungskraft Hitlers und Ribbentrops, entspringt keiner Anfeuerung einer für den Gebrauch in der Außenpolitik längst abgetragenen Ideologie, sondern sehr realen Machterwägungen. Rußland erscheint jetzt als machtpolitischer Faktor im Mittelmeer, und das kann um so bedenklicher werden, als dadurch das Verhalten der Kleinen Mittelmeermächte, die England ohnedies an sich heranzuziehen sucht, mitbestimmt wird, diese dem italienischen Einfluß unzugänglicher werden.

Besagt aber der Nachweis, daß die Politik der Sowjetregierung nicht im Dienst einer proletarischen sozialistischen oder kommunistischen Ideologie steht, etwas gegen die Uebereinstimmung ihrer Politik mit denen der sozialistischen Parteien? Ist nicht umgekehrt die Ableitung der Friedenspolitik der Sowjetunion aus ihren machtpolitischen Interessen das stärkste Argument für die Aufrichtigkeit dieser Politik und ist damit nicht eine Solidarität, ja Identität dieser Politik mit der der sozialistischen Parteien gegeben? Darauf ist zunächst zu antworten, daß die auswärtige Politik der sozialistischen Parteien gegenüber jeder staatlichen Machtpolitik ihre volle Selbständigkeit bewahren, sie nicht ideologisch als ihre eigene akzeptieren kann, auch wenn sie streckenweise mit der ihren zusammenfällt. Denn die russische Machtpolitik entspringt eben anderen Motiven als den Interessen der Arbeiterbewegung und hat deshalb andere eigene Gesetze.

Dr. Richard Kern.

Der Unterschied

Auf dem Reichsbauerntag in Goslar, wo von den offiziellen Rednern des Reichsanährstandes die Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit für die Industriearbeiterschaft als ein Mittel zur Bekämpfung der Landflucht erhoben wurde, hat der Hauptabteilungsleiter des Reichsanährstandes, Haidn, sich sehr nachdrücklich für niedrige Löhne der Landarbeiterschaft eingesetzt. »Der reine Bargeldlohn«, so sagte er nach dem Bericht, »sei die mehr jüdisch-marxistische, also kapitalistische Lohnform.«

Da die Nationalsozialisten gegen alles »jüdisch-marxistische« sind, deshalb haben sie die Löhne der deutschen Arbeiter und Angestellten so tief herabgedrückt. Deshalb belegen sie selbst diesen traurig-tiefen Lohn noch mit den verschiedensten Pflichtbeiträgen und kürzen ihn weiter durch »freiwillige« Zwangspenden. So gelingt es ihnen tatsächlich, den Lohn auf ein kaum für möglich gehaltenes Minimum zusammenschwinden zu lassen.

Dagegen haben sie gegen den »Barprofit« der Kapitalisten kein Wort einzuwenden. Ihn finden sie also offenbar weder »jüdisch-marxistische« noch kapitalistisch.

Aber die Nationalsozialisten haben den Arbeitern und Angestellten ja nicht nur den Barlohn erheblich gekürzt. Auch den größten Teil der Leistungen, die vor Hitlers Macht ergreifung auf sozialem und kulturellem Gebiet der Staat für sie vollbracht, haben sie ihnen geraubt. Keine »Kraft durch Freude« und keine Winterhüfe kann ihnen diese entzogenen Werte ersetzen.

Gehorchen - Schießen - Boxen

Die deutsche Schule erzieht Soldaten

Die Schulzeugnisse in ihrer alt überkommenen Gestalt sind den nationalsozialistischen Kinderdrillern seit langem ein Dorn im Auge. Nicht etwa, weil sie ihnen zu schematisch wären — die Unvollkommenheit der Leistungsziffern wurde gerade von freihetlich gesinnten Erziehern oft genug bemängelt, und man war in zahlreichen Vorhüter-Schulen bereits zu einer individuelleren Beurteilung des einzelnen Kindes und seiner Fähigkeiten übergegangen. Aber darum ist es den braunen Pädagogen durchaus nicht zu tun. Im Gegenteil. Sie leiden unter der Zumutung, über die bisher wichtigste, nämlich über die wissenschaftliche Arbeit in den Schulen überhaupt etwas auszusagen zu sollen, sind doch die Leistungen gerade der Vorzugsschüler, d. h. der tüchtigsten HJ-Funktionäre, auf diesem Gebiete oft gleich null. Der Reichserziehungsminister bestimmte denn auch bereits 1935 in seinem »Ausleseerlaß«, daß die Zeugnisvordrucke in ihrer Form zu verändern seien, damit »die nach neuen Erziehungsgrundsätzen vorzunehmende Auslese entsprechenden Ausdruck im Zeugnis finden kann.« Bisher scheint ein Rest von Scham die zur Formulierung eines Zeugnisses fähigen Lehrer davon abgehalten zu haben, ihr Licht leuchten zu lassen. Nun aber veröffentlicht die »Nationalsozialistische Erziehung«, ein Organ des NS-Lehrerbundes, endlich den Entwurf eines solchen »Ausleseformulars«.

Da gibt es drei Zensurenspalten, in denen die »charakterliche, körperliche und geistige« Entwicklung der Kinder nach allen Regeln des Hakenkreuzes registriert werden soll. Wir zitieren die »Frankfurter Zeitung« Nr. 591:

»Unter »Charakterliche Entwicklung« werden die Eigenschaften aufgeführt, die der nationalsozialistische Staat von dem Mann verlangt und die deshalb die Schule im jungen Menschen schon zu wecken und zu bilden habe: Arbeitswille, Ordnungssinn, Gehorsam, Kameradschaftlichkeit, Führereigenschaft... Für das bisherige »Betragen« soll künftig »Gehorsam« gesetzt werden, um den Geist der neuen Schule zu kennzeichnen. Da die Schule politische Soldaten im völkischen Sinne erziehen sollte, ist im Zeugnisentwurf mit besonderer Absicht die Eigenschaft »Mut« aufgenommen worden.«

Die Hitlerjugend erzieht Soldaten, das Jungvolk erzieht Soldaten, der NS-Sport erzieht Soldaten, die SA, die SS, die studentischen Organisationen erziehen Soldaten, das Militär erzieht die zehnfach erzogenen Soldaten noch einmal zu Soldaten — wo werden in Deutschland eigentlich die Menschen erzogen, aus denen selbst eine Armee sich rekrutieren muß? In der Schule jedenfalls nicht. Wir lesen weiter:

»Da die körperliche Erziehung als Hauptansatzpunkt wahrer

Charaktererziehung betrachtet wird, ist den Leibesübungen in allen Organisationen und auch in der Schule eine neue Aufgabe gestellt worden. Das Fach »Turnen« erscheint im Zeugnisentwurf nicht mehr als Einzelfach, sondern wird unter »körperliche Entwicklung« aufgeführt in: Veranlagung, Haltung, Turnen, Leichtathletik, Spiel, Boxen, Schwimmen, Rudern, Fliegen, Schießen, Geländesport.«

Und alles, was früher den Hauptteil des Schullebens erfüllte, hat in der letzten, bescheidenen Abteilung Platz:

»In der dritten Spalte des Zeugnisses erfolgt die Beurteilung der geistigen Entwicklung des Kindes. Die Wissensfächer sind in Gruppen zusammengefaßt, um so die besondere Begabung des Schülers kenntlich zu machen. Wir finden fünf Fächergruppen: kulturkundliche, mathematische, naturwissenschaftliche, fremdsprachliche, künstlerische Fächer und handwerkliches Können.«

Man sieht: die Wissenschaft kommt neben den sechs »charakterlichen« Hauptnoten und den elf Turnpunkten mit ihren lumpigen paar »Fächergruppen« schlecht genug weg. Aber selbst die geringfügige geistige Betreuung nimmt sich in erster Linie des Kriegsgelotes an: Denn daß in der Naturkunde der Rasseblödsinn, in der Kulturkunde braune Parteigeschichte und verbrämte Kriegshetze, in der Mathematik die militärisch wichtigen Berechnungskünste eine Hauptrolle spielen, ist aus jedem Schulbuch und aus jeder schulaamtlichen Mitteilung ersichtlich. Dafür fehlt z. B. vollkommen die einst sehr beachtete Note für »Deutsche«, die vor allem den stillistischen Fähigkeiten der Kinder galt, ihrem Vermögen, sich in der Muttersprache klar und gut auszudrücken. Wahrscheinlich sagen sich die Schulmänner, daß es vieler oder gar wohlgesetzter Worte in Zukunft nicht mehr bedarf, da die werdenden »Träger der Nation« schon mit elf Jahren jeden Menschen, der ihnen etwa zu widersprechen wagt, formgerecht über den Haufen schießen, stechen und boxen können. Und wenn sich die Schüler etwa an den Ober-, Mittel- und Unterführerworten, die sie in ihren Lesebüchern finden, ein stillistisches Beispiel nehmen — dann sind die Aufsätze in der Tat und in jeder Beziehung unzensurbar.

Was nun den Charakter anlangt — wie würde etwa das Zensurenbuch eines Burschen aussehen, der mit einem Neinsager-Sohn, mit einem »verächtlichen«, nicht der Hitlerjugend angehörenden Klassenkameraden treue Freundschaft hielte, der zu dem Verfolgten stünde durch dick und dünn? Er bekäme nicht nur im Gehorsam ein »völlig ungenügende«, auch jede »Führereigenschaft« würde ihm abgesprochen werden, und die »Mut«-Zensur? Die stünde 10 Grad unter dem Nullpunkt. Denn gegen einen reißenden Strom zu schwimmen, um einen Freund nicht untergehen zu lassen — was ist das schon für ein Mut? Mutnote

»vorzüglich« hätte im Gegenteil der zu erwarten, der den von allen Seiten Gebetzten, Gequälten und Mißhandelten zu Boden boxte und auf ihm herumtrampelte. Das gilt als Mut und Kameradschaftsinn und Führergeist. Ein einziges Beispiel nur — aber ein unwiderlegbares, dem kein hitlerdeutscher Lehrer widersprechen würde und das sich durch die Herzhaltung zahlloser ähnlich gelagerter Fälle beliebig vermehren und erhärten ließe. Denn der Geist, der ganz Deutschland beherrscht — wie sollte er in den Schulen nicht gepflegt werden?

Ein wenig Wissenschaft, vor allem Kriegswissenschaft, daneben Denunziantentum (siehe »Mute«), Brutalität (siehe »Führereigenschaft«), stumpfes, durch keinerlei Gedankenarbeit gehindertes Hinnehmen aller dargereichten Phrasen, Flokeln und Befehle (siehe »Gehorsam«), Cliquenwirtschaft (siehe »Kameradschaftlichkeit«) und endlich sehr viel Schießen, Stechen, Schlägen, Boxen — das sind die Lehrfächer der braunen Schule. Klüftig wird ein schlechtes Schulzeugnis aus dem Dritten Reich für seinen Besitzer die beste Empfehlung in allen Ländern der Welt sein.

Kuß die Hand!

Durch die deutsche Presse geht folgende rührende Meldung:

»Vor wenigen Jahren hatte sich der Industrielle Dr. Flick auf der linken Ruhrseite der waldumkränzten Höhe der Kettwiger Berge ein Haus errichtet, das von dem Erbauer infolge der Verlagerung seines Arbeitsgebiets nach Mitteldeutschland nicht bezogen wurde.

Dieses Grundstück hat Dr. Flick nunmehr einer neuen Bestimmung zugeführt, indem er es dem Führer zum Geschenk anbot mit dem Vorschlag, dieses als Müttererholungsheim im Rahmen des Hilfswerkes »Mutter und Kind« zu verwenden.«

Was ist geschehen? Was bedeutet dieses Geschenk? Als der Nationalsozialismus mit den Geldern der Flick und Konsorten an die Macht gekommen war, wurden den deutschen Arbeitern neben Gewerkschaftshäusern und Zeitungen auch die Mütter- und Kindererholungsheime der Arbeiterwohlfahrt gestohlen. Nachdem die Nationalsozialistische Partei den schwerindustriellen Geldgebern ihre Schulden reichlich bezahlt hat — in Gestalt wahnwitziger Rüstungen, auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit des Volkes — gibt der Flick mit großmütiger Spendergeste eines seiner zahlreichen Häuser, in dem er nicht wohnen möchte und auf das es ihm nicht ankommt, als Erholungsheim her. Und was haben die Arbeiterfrauen bei diesem Handel gewonnen? Früher erhielten sie sich in Heimen, die der gesamten Arbeiterschaft, die ihnen also selbst gehörten und in denen sie sich im Kreise von Gesinnungsgenossinnen wohlfühlen konnten. Jetzt werden

sie in der hochherrschafflichen Villa ihres Ausbeuters untergebracht und müssen dafür brav Klöß die Hand machen, »Heil« und Kratzfuß.

Es ist wirklich schwer zu entscheiden, was ekelhafter ist — die Raubzüge der Herren oder ihre Wohltaten.

Oberschlesische Volkswitze

Der Lehrer, zugleich Sturmabführer, erzählt im Unterricht: Ein Kind wurde in Bielefeld geboren. Der kleine Adolf döst vor sich hin, der Lehrer fragt ihn: »Was habe ich gesagt?« Antwort: Ein Kind ist beim BDM geboren. Lehrer: Du hast nicht aufgepaßt. Antwort: Jawoll, Herr Lehrer, ich schon, der Sturmabführer aber nicht! —

Eine große Kundgebung ist angesagt, alles wird zum Gemeinschaftsempfang kommandiert: der Vater in der SA, die Mutter in der NSV, der Sohn zur HJ, die Tochter zum BDM und der Nesthaken bei den Pimpfen. Als die Familie heimkehrt, ist in die Wohnung mit großem Erfolg eingebrochen worden. Auf dem Tisch lag folgender Zettel: Daß wir ganze Arbeit leisten konnten, verdanken wir dem Führer! —

Göring ladet Familie Göbbels ein. Hermann ist aber noch abwesend, so empfängt und unterhält die holde Emmy die Gäste. Plötzlich fällt im Nebenraum mit großem Krach ein Schellenbaum um. Erschrocken läuft Emmy heraus, während die Göbbels ruft, was denn los sei. Ach, seufzt Frau Göring, ich dacht, der Hermann wäre umgefallen!

In einem Schulungslager wird Feuer im Ofen angezündet, die Zeitung will nicht abbrennen, da sagt einer: Die Zeitung brennt nicht, sie kühlt nur! (Soll angeblich passiert sein.)

Seine Physiognomie

»Dies Bildnis ist bezaubernd schön.«

Ein rheinischer Bildhauer namens Jupp Kaulen hat einen in Bronze gegossenen Bildnis Kopf von Göbbels geschaffen. Die Fotografie begleitet der »Westdeutsche Beobachter« mit diesem Kommentar:

»In den hageren, spitzen, scharfzilig umrissenen Zügen der unteren Gesichtshälfte sowohl wie in den energievoll gewölbten Augenbrauen und dem mächtigen Schädel kommt nicht nur der leidenschaftliche Fanatismus des großen Propagandaredners zum Ausdruck, sondern auch eine ungeheure Willensdisziplin, die auf die Einheit und Harmonie aller natürlichen Lebenskräfte ausgerichtet ist. Aber auch ein ausgeprägter Sinn für das Musische im Leben prägt sich in dem edlen Schwung des Kopfrisses aus, ja dieser Kopf ist selbst von musisch-schöpferischem Wesen besetzt.«

Man bedauert, daß es sich nur um den Kopf handelt. Hätte der Bildhauer den ganzen Göbbels modelliert, so wäre der Nachweis gegückt, daß die Einheit und die Harmonie dieses rassistischen Zeugungswunders vom Haupte bis zu den Füßen reichen.

Die neue Schlinge

Kunstkritik verboten — braun gefärbte Beschreibung erlaubt.

Wie immer, wenn ein neuer reaktionärer Anschlag stattfand, so wurde auch Göbbels Erlaß gegen die letzten Reste der Kunstkritik von dröhnenden Presseartikeln und Reden begleitet. Der äußere Anlaß der Rederitis war diesmal »Drei Jahre Reichskulturkammer« und die Feiern wurden mit jener Strangulation eingeleitet, so daß über die dreijährige Schmach der R.-K.-Feldweibel nichts Treffenderes zu sagen wäre. Nur die Untergründe der neuesten Maulkorbverengung interessieren.

Göbbels konnte nicht umhin, in einer Rede etwas über diese Gründe verlauten zu lassen. Mit einer Wendung gegen die »überheblichen Beaserwisser« klagte er:

»Wir haben kein Mittel unversucht gelassen, die Kunstkritik auf den einzig richtigen Weg der Kunstbetrachtung zurückzuführen und ihr damit die Möglichkeiten einer weiteren Existenz in die Hand zu geben. Alle diese Versuche sind fehlgeschlagen. Man hat manchmal den Eindruck, daß die kritischen Komplexe schreibender Nörgler, die sich auf anderen Gebieten nicht mehr betätigen können, nun auf dem Gebiet der Kunst abregiert werden sollen.«

Göbbels gesteht hier nicht weniger als einen glatten Bankrott. Man hat wirklich »kein Mittel unversucht gelassen«, hat journalistische Dressuranstalten errichtet, die Listen der Zeitungsschreiber gesäubert, braune Schulungskurse eingerichtet, Zeitungen verboten, mit Zuckerbrot und Peitsche

gearbeitet — alles vergebens. Die gedrosselte politische Meinung flüchtete sich in die Kunstkritik, die »kritischen Komplexe« wurden unterm Strich abgeladen, meist in jener schließungszweideutigen Art, die unterm Spotismus zum Charakteristikum eines ganzen Volkes werden kann. Das Dritte Reich hat zwar nie eine Kunstkritik gehabt, aber es gab bisher ein Minimum von Urteilsbildung, das dem Ausland als Zeichen von Pressefreiheit aufgedreht wurde. Dies Minimum weiter zu »tragen, geht über die Kräfte des Systems.

Denn immer, namentlich bei jeder braunen Produktion — und dies ist der zweite Anlaß des Verbots — wurde durch das bischen Kritik ersichtlich, daß wiederum mehr »gute Gesinnung« als Können am Werke gewesen war, daß man wartete, wartete, wartete... Der Propagandi selbst gesteht:

»Gewiß, die großen Genies, die in aufwühlenden Versen, Bildern und Tönen dieser Zeit ihr künstlerisches Gesicht aufprägten, sind noch nicht da. Aber sie werden kommen, wenn ihre Stunde kommt. Wir brauchen uns nicht zu sorgen, daß sie ausbleiben. Wir dürfen nicht ungeduldig werden, wir müssen daran glauben, daß, wenn die Zeit reif ist, sie da sind.«

Aber die Jungen haben diese Vertröstungen bis obenhin, und wenn Göbbels zwischen durch in seiner Rede Schiller bemüht, so wissen die Jungen, daß auch dieser literarische Revolutionär der Erhebung des dritten und vierten Standes voraus ging, nicht umgekehrt. Die Jungen, die bisher Gläubigen, die Anwärter und Drängler, sie haben es seit, ewig Salbadereln über die »neue Kunst« zu schlucken und die alten Konjunkturritter, wie Johst, Steguweit und Konsorten vorgesetzt zu

kriegen. Sie haben schon vor Jahresfrist einen 30. Juni in der deutschen Literatur gefordert; die Will-Vesper-Leute antworteten darauf so erregt, daß die Fortsetzung auch dieser Diskussion von obenher untersagt wurde. Nun ist ein 30. Juni da — er richtet sich gegen die Jungen. Göbbels ließ seinen Donnerkeil sausen auf die »zwei- und dreißundzwanzigjährigen« Jünglinge, die gegen vierzig-, fünfzigjährige verdiente Künstler vom Leder zogen.«

Künftig soll selbst die bloße Kunstbetrachtung nur denen über Dreißig erlaubt sein und möglichst nur den ausübenden Künstlern, denn sie stehen unter Aufsicht der siebenfach gesiebten R.-K.-Kreaturen. Die Generation zwischen Zwanzig und Dreißig wird entwaffnet. Hitler und die Seinen kommen in die Jahre, brauchen Ruhe. Altersprivilegien her! Die Jugend hat lediglich auf Kommando zu marschieren, Sturm und Drang wird unbecom. Das wäre der dritte Grund des Erlasses.

Und schließlich der vierte und peinlichste: Das bisherige Minimum von Kunstbeurteilung offenbarte jenen babylonischen Zungenwirrwarr, der ein Hohn für den totalen Staat und die »neue Volksgemeinschaft« bedeuten muß. Was die einen gut hießen, lehnten die anderen ab, es zeigten sich ein gleichgeschaltetes, ein nationaladistisches, ein völkisches Lager, mit diversen Gruppenschattierungen. Es gab in der Literatur, in Roman und Theater Streit um Hauptmann und Ibsen, es gab die Krawalle um Widukind und Karl den Großen, den Spektakel um den Freimaurer Goethe, um die Ermordung von Schiller und Mozart durch die Goethegenossen. Das

Ausland hielt sich den Bauch. Der Propagandi hat zwar gegen die Ludendorffe entschieden, daß sowohl Widukind wie der große Karl bedeutende germanische Patrioten gewesen seien und daß Goethe an Schillers Tod unschuldig ist — aber in der Kritik schillert und wabbert das weiter, und wer kann sagen, welche braune Katzbalgerei im Reich der unbegrenzten Möglichkeiten morgen ausbricht?! In Broschüren tobt der Krieg der Kunstliquen, Absägelisten aller Gruppen zirkulieren.

So offenbarte denn dieses ewige Tohuwabu der beschnittenen Kritik vor allem auch die politischen, religiösen und sozialen Gegensätze, die der braune Dekretinismus vor allem Volke für alle Zeiten abgeschafft erklärte. Die jüdisch-liberalistische Kritik wurde mehrfach für tot erklärt, nun bestätigt Göbbels, daß sie ebenfalls frech weiter lebt. Ergo: unser Vaterland muß größer, unser Maulkorb muß enger sein. Das Dekret gegen die letzten schabigen Reste der Kunstkritik bestätigt mithin nicht nur einen Bankrott, nicht nur die innere Zerrissenheit des Systems, sondern ist auch ein logischer Schritt auf dem Wege der bisherigen Rückwärtsentwicklung.

Es gab einmal eine Metternichzeit, sie gilt als schwärzeste Periode des vorigen Jahrhunderts und verbot die Theaterkritik. Aber selbst damals wurde von Iffland eine Verordnung durchgesetzt, die den Blättern eine Kritik ermöglichte, wenn ein Stück in Berlin dreimal aufgeführt worden war. Mit Göbbels Dekret sinkt die deutsche Presse erheblich hinter diese schwärzeste Zeit Deutschlands zurück — und ausgerechnet dieser finstere Reaktionär hat einmal die Weimarer Demo-

Krupp und der Kriegsbeginn

Eine aktuelle Erinnerung

Im Europa-Verlag Zürich erscheint das Buch »Krupp, Deutschlands Kanonenkönig« von Bernhard Menna. Wir geben aus dieser kritischen Geschichte der dreihundertjährigen Entwicklung der Essener Industriellenfamilie diesen Abschnitt wieder, der keineswegs bloße historische Bedeutung hat: die Rohstoffvorräte des Kruppwerkes erreichten im Jahre 1936 die phantastische Höhe von 80 Millionen Mark — genau wie 1913!

Hat Krupp vom Ausbruch des Krieges vorher gewußt? Ein gefährlicher Zeuge behauptet es: Doktor Wilhelm Mühlön, von 1911 bis 1915 Mitglied des Direktoriums der Krupp-AG., also zweifellos jemand, der dabei war. Auf Empfehlung des Reichskanzlers Bülow war der junge Regierungsassessor seinerzeit zu Krupp v. Bohlen gekommen, der ihn zunächst als Privatsekretär beschäftigte und 1911 ins leitende Gremium der Firma berief. Bei der Schlichtung der Marokkodifferenzen und zu Kriegsbeginn in Rumänien leistet Mühlön wertvolle Diplomatendienste. Dann bricht seine Essener Tätigkeit überraschend ab, er begibt sich in die Schweiz, wo er bald, wohl unter dem Einfluß der kritischen neutralen Atmosphäre, eine Wandlung vom Kruppdirektor zum Kriegsgegner erlebt.

In Zeitungsartikeln und in Gesprächen mit Herron, dem Vertrauensmann Wilsons, macht Mühlön nun eine alarmierende Mitteilung: Krupp habe ein halbes Jahr vor dem August 1914 den vertraulichen Hinweis aus Berlin erhalten, daß ein Krieg bevorstehe; daraufhin seien die Werke sofort entsprechend umgestellt worden.

Solange in Deutschland eine freie Diskussion möglich war, nämlich von 1919 bis 1932, hat die Firma es nicht für notwendig gehalten, solche schwerwiegende Behauptungen zu entkräften. Erst unter den für rüstungsindustrielle Geheimnisse wesentlich günstigeren Verhältnissen des Dezembers 1933 brach sie ihr Schweigen. Im Prozeß gegen den Katholikenführer Professor Dessauer, der u. a. als Freund Mühlöns angeklagt war, machte Krupp v. Bohlen unter Eid eine Aussage, die wir nach dem Bericht des Krupporgans »Rheinisch-Westfälische Zeitung« wiedergeben:

»Der Sonderstaatsanwalt nimmt dann Bezug auf die Lügen Mühlöns, daß die Firma Krupp schon ein halbes Jahr vorher vom Beginn des Krieges unterrichtet gewesen sei.

Herr Krupp erklärt unter Eid, daß die Reichsregierung seine Firma nicht in diesem Sinne unterrichtet hat. Er verweist darauf, daß allgemein in allen Staaten mit der Rüstungsindustrie Abmachungen für Lieferungen in der Kriegszeit bestanden. Darüber hinaus sei der Firma bis zum Kriegsbeginn keinerlei Mitteilung zugegangen.

Sonderstaatsanwalt: Sind wir in den Krieg gegangen ohne besondere Vorbereitungen?

Herr Krupp: Ich habe den vollen Eindruck, daß das der Fall war... Der Mangel an Sprengstoffen im Jahre 1914 hat uns an der Front viel Leben gekostet.

Trotz ihrer feierlichen und bestimmten Form ist diese Aussage ungenügend. Wurde Krupp, wenn nicht »in diesem Sinne«, vielleicht in einem anderen über drohende Kriegsgefahr informiert? Waren neue, besonders kurzfristige Abmachungen für künftige Kriegslieferungen, die ja zugegeben werden, der Anlaß jener besonderen Umstellungen des Frühjahrs 1914, von denen Mühlön spricht? Dieser Verdacht wird verstärkt durch die vage Antwort auf die zweite Frage des Staatsanwalts, die nach den »besonderen Vorbereitungen«. Obwohl er die gegen Essen erhobenen, ganz präzisen Anklagen kennt, begnügt sich Herr v. Bohlen mit einem Hinweis auf die gar nicht zur Erörterung stehenden deutschen Sprengstoffbestände des Herbstes 1914. Ueber die Vorbereitungen des eigenen Werkes kein Wort!

Er wußte, warum er schwieg. Denn Mühlöns Behauptung wird durch Zeugen bestätigt, die kein nachträglicher Eid widerlegen kann: die Essener Importziffern gewisser, für die Produktion von Waffenstahl hochwertiger Rohstoffe. Deren bedeutendster, Nickel, kommt aus Neukaledonien, von wo das Reich bis 1909 jährlich etwa 3000 Tonnen bezog. Dann aber steigt die Einfuhr plötzlich und erreicht in den vier Jahren bis zum Kriegsausbruch insgesamt etwa 20.000 Tonnen — allein für Essen. Nicht anders ist es mit Ferrosilizium. Mit dem unter Leitung des Franzosen Giraud-Jordan stehenden Internationalen Ferrosilizium-Syndikat hat Krupp einen Vertrag geschlossen, dessen Artikel 10 bestimmt, daß nur ein Krieg, an dem mindestens drei europäische Mächte beteiligt seien, als force majeure zu gelten habe, ein solcher »bloß« zwischen den Vaterländern der beiden Vertragskontrahenten also nicht. Ab 1912 verlangt Essen auch von diesem wichtigen Material tausend Tonnen pro Jahr mehr und erhält sie prompt, wobei der Brief eines der französischen Geschäftspartner ausdrücklich von einem »im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges angeforderten Quantum« spricht. Bei Zyanamid und den spanischen und schwedischen Erzen steigen die Löschungs-ziffern in Rotterdam gerade im letzten Friedensjahr beängstigend. Kein Zweifel, die Firma legt in Eile gewaltige Kriegsvorräte zurück, ein allzu kostspieliges Beginnen, wenn es nicht auf einen zeitlich greifbaren Termin fixiert wäre. Nach Mitteilungen Kruppscher Ingenieure waren im

Frühjahr 1914 aber nicht nur die Magazine und Lagerplätze des Werkes weit über die üblichen Reserven hinaus mit einer »Zusatzration« für den Ernstfall versehen, auch in der maschinellen Ausstattung der Betriebe, in ihrer Organisation usw. wurde die Möglichkeit einer plötzlich stoßweisen Erweiterung der Produktion sorgsam einkalkuliert und vorbereitet.

Und was bedeutet die im Sommer 1914 beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals von 180 auf 250 Millionen? Seit 1913 drohte ein schwerer Rückschlag der Weltkonjunktur. Womit rechnete Krupp, wenn er trotzdem die Hereinnahme von siebzig Millionen neuen Kapitals beschloß? Obwohl die deutschen Flottengesetze der Jahrhundertwende als auch der Uebergang zum Dreadnoughtkurs von 1908 wurden vorher von gewaltigen Werkerweiterungen bei Krupp angekündigt. Auch jetzt ist der Zusammenhang zwischen dem Berliner Hinweis auf akute Kriegsgefahren und den finanziellen Schritten des Kruppdirektoriums zu eklatant, um dem Glauben an einen Zufall Raum zu lassen.

Ist Essen informiert in den Krieg gegangen? In diesem Punkte wird es, nicht anders als die Staatsmänner des August 1914, selbst dokumentarische Beweise ableugnen. Daß es wohl vorbereitet in den Krieg ging, wagt es indes nicht einmal zu bestreiten.

Wie präzise und gründlich diese Vorbereitung war, zeigt ihr automatisches Weiterfunktionieren über den Chok des August 1914 hinaus. Während mit dem Aufmarsch der Millionenheere, mit Belagerungszustand und Grenzsperrung alle Beziehungen zwischen den nun feindlichen Ländern über Nacht abgeschnitten sind, geht das Geschäft der Rüstungsfirma weiter. Besonders glänzend klappt die Sache zwischen Essen und der neukaledonischen Gesellschaft »Le Nickel«, in deren Verwaltungsrat neben dem Pariser Rothschild und Basil Zaharoff auch zwei Deutsche saßen, die u. a. zweihundertzehn Aktien Krupps vertraten. Aus den vor dem Kriege mit Essen abgeschlossenen Verträgen dieser vorwiegend französischen Gesellschaft ist soviel bekannt geworden, daß sie für den Ernstfall die Dirigierung gefährdeter Lieferungen über neutrale Staaten, vorzugsweise Norwegen, vorsahen. Was nun auch geschieht. Nach Mitteilungen, die der Senator Gaudin de Villain im Januar 1917 und der Abgeordnete Henry Bérenger am 24. Januar 1919 in der Pariser Kammer machten, ist der folgende Fall zweifelsfrei festgestellt:

Im September 1914, also schon nach Kriegsausbruch, läßt der norwegische Dreimaster »Benelot« im neukaledonischen Hafen Freisund, also auf französi-

chem Hoheitsgebiet, 2500 Tonnen Nickel, die nach Hamburg bestimmt sind. Die Hälfte der Ladung ist von Krupp, dem Besteller, im voraus bezahlt worden. Der Norweger wird auf hoher See von dem französischen Panzerkreuzer »Dupetit-Thouars« angehalten und Anfang Oktober in den Hafen von Brest gebracht, wo er vom Seegericht wegen seiner Nickelladung zur Kriegsbeute erklärt wird. Da kommt aus Paris die dringende Order, das Schiff sofort freizugeben. Die verdutzten örtlichen Behörden und das Prisengericht weigern sich zunächst, bis das von »Le Nickel« bearbeitete Ministerium den Freilassungsbefehl in aller Form bestätigt. Am 10. Oktober 1914 setzt der »Benelot« seine Fahrt fort... und seine Ladung gelangt tatsächlich über Norwegen nach Essen.

Der Wirtschaftssachverständige

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, Bernhard Köhler, hat sich auf einer Tagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Banken und Versicherung zu dem Thema »Die zweite Arbeitsschlacht« wie folgt geäußert:

»Wenn der Mensch völlig gesund sei, so sei dies bekanntlich ein Zustand, der ihm nicht besonders zum Bewußtsein komme, wenn ihm dagegen etwas fehle, so forderten alle betreffenden Glieder seines Körpers Abhilfe. Solange in der Volkswirtschaft die einzelnen Glieder mit Angst erfüllt seien, ob nun vielleicht auch der führende Wille dieses Volkskörpers, die politische Führung, genügend Obacht auf ihr Wohlbefinden gäbe, sei bestimmt etwas an diesem Volkskörper nicht in Ordnung. Dann sei es an der Zeit, zu fragen, wie dieser Volkskörper gesund werde. Es sei viel wichtiger, den Volkskörper als Ganzes gesund zu machen, als die Schmerzen der einzelnen Glieder zu beseitigen. Wenn wir nur an die einzelnen Glieder dächten, dann kämen wir aus der parlamentarischen Wurstelei nicht heraus... Wenn dieses Volksleben so gelenkt werde, daß es sich gesund erhalten könne, dann trete eben der Zustand ein, der auch beim gesunden Menschen eintrete, daß er nämlich von seiner Gesundheit gar nichts besonderes merke und daß er in seiner gesunden Kraft tätig sei...«

Zitat aus der »Berliner Börsenzeitung«. Kommentar überflüssig.

Junges Glück

»Ein Jungmädchen berichtet mit schlichten Worten von ihrem Besuch beim Führer auf dem Obersalzberg: »...nun erkundigte er sich, woher wir kämen. Ich sagte: »Aus Köln«. Da faßt er mich ans Kinn, strich mir über die Backe und gab mir die Hand... In meinem ganzen Leben werde ich diesen Tag nicht vergessen...« Beigefügt ist ein Bild, das den Führer mit fünf Kölner Jungmädchen zeigt.«

(»Westdeutscher Beobachter.«)

Todesstrahlen. Im Malik-Verlag erscheint demnächst ein Buch von Ing. Kurt Doberer: Todesstrahlen und andere neue Kriegswaffen. Unsere Leser wissen aus Aufsätzen Doberers im »Neuen Vorwärts« wie interessant er diese Probleme behandelt.

kratie, die freieste der Welt, als Metternichperiode beschimpft. Wollte ihm heute drüben jemand auch nur bescheiden antworten, so gäbe es für den Tollkühnen Verlässe, die finsterner sind als Höhenasperg.

Und, Gleichgeschaltete, was nun? Nur ein bißchen »Kunstbeschreibung« ist noch gestattet. Die Handlung darf erzählt werden, das Motiv, das Thema. Aber auch aus der harmlosen Beschreibung — besonders aus der harmlosen — kann der Klumpfuß des Teufels hervorkucken. Einige Blätter halfen sich schon mehrfach, indem sie nur Leitmotiv oder Handlung reportierten. Es geschah mitunter so, daß der Leser sich bekreuzigte. Und nun gar die dilettantische Szenerie, die hilflos-komische Primitivität, der kommandierte Musenstall brauner Kunstmasche! Man male sich die Möglichkeiten aus, die eine Beschreibung eines neuheroischen Wandgemäldes oder des Göbbelschen Vogelnest-Romans bietet! Die Reichskulturkammer wird sich ab und zu den Bast von den Händen winden, und die Oednis der deutschen Presse dürfte gelegentlich um eine verrückte Note bereichert werden. Der Geist jedoch, der den Göbbels stets verneint, dürfte sehr bald auch durch diese neue Schlinge schlüpfen. Wer rettet das System vor diesem ungreifbaren, souveränen, über allen Tinten und Wassern schwebenden Geist?!

Auf einer Seite

Das Organ der SS kritisiert in einer kleinen dürftigen Pfaffenfresserei den Arbeitsvertrag eines Klosters, das den auf seinem Boden beschäftigten Arbeitern den außer-

ehelichen Geschlechtsverkehr untersagt. Dies entspricht dem katholischen Dogma und wem es nicht gefällt, der soll diese lebensfremden Dogmen bekämpfen. Dazu hat das »Schwarze Korps« vorläufig noch keine Ermächtigung, weshalb es einstweilen die Klosterbrüder beschimpft. Zum Schluß begnügt es sich mit dem recht liberalistischen Satze:

»Derartige Arbeitsverträge verstoßen gegen die guten Sitten und kommen einer Einschränkung der persönlichen Freiheit gleich, die im neuen Deutschland als unmoralisch verpönt ist.«

Da aber in braunen Organen sehr oft eine Spalte der anderen ins Gesicht schlägt, so kann man schon auf der Nebenseite einen Berliner Prokuristen am Pranger sehen, der gewagt hat, sich in einem Protestbrief an den Grundbesitzerverein zu wenden. In diesem Briefe erklärt er, die Baupolizei wolle ihn brotlos machen, weil er Deutschnationaler sei und aufrechte Gesinnung ihm verbiete, in die NSDAP einzutreten. Was sagt das »Schwarze Korps« zu dieser »Einschränkung der persönlichen Freiheit«? Es verhöhnt den Mann und droht zum Schluß:

»Ein aufrecht stehender Mann, der aus seiner deutschnationalen Gesinnung heraus sich weigert, der Partei beizutreten, ist eine bemerkenswerte Figur, die gründliche Beachtung verdient.«

Wohnort und Name sind hinreichend angegeben und nun kann das beginnen, was die braunen Sadisten gründliche Beachtung nennen. Es endet sehr oft im KZ. Ein Arbeiter darf im Dritten Reich eine Frau haben, denn der Staat braucht Soldaten, eine eigene Meinung aber ist verboten, denn sie gefährdet

die Bonzokratie samt ihrem System. »Was Freiheit ist, bestimmen wir!«

Ein kleines, aber typisches Beispiel jener Verlogenheit und Heuchelei, die den Braunen so leicht niemand nach macht. Ein paar Seiten weiter donnert das Blatt gegen »bolschewistische Heuchelei und Unfreiheit...« Und dies Durcheinander fressen die Leser, ohne vor Ekel zu kotzen?!

Der Nagel

Ordnung wieder hergestellt.

»Lieber WB! In den Klassenzimmern eines staatlichen Gymnasiums in Köln hängen Kruzifixe. In einer Klasse besonders »frommer« Schüler machte man eines Tages die überraschende Feststellung, daß der Nagel, an dem das Führerbild hing, eigentlich zu schwach für dieses schwere Bild sei. Außerer Anlaß zu dieser Feststellung war zwar nicht gegeben, aber — der Nagel war eben zu schwach! Das Führerbild kam in die Ecke. Acht Wochen lang stand das Führerbild in der Ecke. An den »schwachen« Nagel hatte man mittlerweile ein »leichteres« Kruzifix gehängt. Während dieser Zeit fand sich weder unter den Schülern dieser Klasse noch unter den Klassenlehrern eine »Persönlichkeit«, die in der Lage war, einen »starken« Nagel zu besorgen. Wozu wäre denn auch ein Schuldner da. Kürzlich tat der Schuldner, was seines Amtes ist. Nun ist in diesem staatlichen Gymnasium wieder alles in Ordnung.«

Zuschrift an den »Westdeutsch. Beobachter.«

Die Flucht vor der Göbbels-„Kunst“

Die »Berliner Börsen-Zeitung« stellt in einem Artikel über »Kino hüben und drüben« fest, daß die Kinos jenseits der Grenze zu billigem Besuch einladen. Sie kann sich nicht erklären, wieso das möglich ist.

»Beim weiteren Suchen bekommt man aber heraus, daß die Lichtspieltheater jenseits der deutschen Grenze mit geradezu unheimlicher Wirksamkeit deutsche Besucher heranziehen... In anscheinend ganz planmäßiger Werbung werden die deutschen Grenzbewohner aus den deutschen Vorführungsstätten herausgelockt, hinein in die holländischen, luxemburgischen und französischen Kinos, Theater, Buchhandlungen usw. Daß die Grenzjäger Lebensmittel mit nach Hause bringen, ist schließlich nicht zu vermeiden. Daß sie außerdem mit Flugschriften und Hetzfilmen gegen Deutschland gefüttert werden, liegt auf der Hand.

Da der für Vergnügen und Unterhaltung im Haushalt zur Verfügung stehende Betrag über die Grenze gebracht wird, kann diesseits der Grenze kaum gut gemacht werden, was jenseits angerichtet worden ist. Das wird um so schwieriger, als viele Hollandjäger in jüdischen Kinos Filme sehen, die sich mit unserem Aufbauwerk auseinandersetzen, wie man das von Moskau wünscht. Grenze auf, Grenze ab, von der Nordsee bis an den Rhein, von überall her wird das gleiche berichtet...«

Das mag dem »Kunstminister« Göbbels leid tun. Aber wir können die Flucht der Grenzbewohner vor seiner gleichgeschalteten und nationalsozialistischen »Kunst« begreifen. »Schade nur«, werden die Leser der »Berliner Börsen-Zeitung« sich gesagt haben, »daß wir nicht alle in der Nähe einer Grenze wohnen...«

Die Schipperarmee ist marschbereit

Arbeitsdienst — Dienststrafrecht — Dienstgradabzeichen

Die Kriegsorganisation des Dritten Reiches schreitet auf allen Gebieten von Wirtschaft und Arbeit mit Sturmeselle voran. Neben der Militarisierung der Betriebs-Gefolgschaften geht neuerdings vor allem der Reichsarbeitsdienst, den Hitler die »Schule der Nation« getauft hat, seiner kriegsmäßigen Vollendung entgegen. Der Freiwillige Arbeitsdienst, der bis zum 30. Januar 1933 der Beschäftigung jugendlicher Arbeitsloser zu dienen hatte und damals dem Reichsarbeitsministerium angegliedert war, ist im Juli 1934 einem besonderen Nazi-Reichskommissar unterstellt worden. Seitdem steht die

militärische Ausbildung der Arbeitsdienstwilligen

im Vordergrund der ganzen Einrichtung, aktive und Reserve-Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere der alten Armee bilden das Führerkorps. Der Reichsarbeitsdienst ist für die Jungarbeiter zur militärischen Vororganisation entwickelt worden. Der Umfang dieser Rekrutenschule hat eine gewaltige Erweiterung erfahren. Im Jahre 1934 wurden erst über 200.000 Arbeitsdienstwillige gezählt. In diesem Jahre wurden zweimal, Anfang April und Anfang Oktober, je zweihunderttausend junge Deutsche zum Reichsarbeitsdienst einbezogen. Die Nazipresse berichtet schwärmerisch von den »jungen Mannschaften«, die im »erdbräunen Rock« marschieren und die »Ehre der Arbeit auf ihre Fahne geschrieben haben:

»Arbeit ist ein Ehrenrecht des unbescholtenen deutschen Mannes und genau so wie der Waffendienst zur Verteidigung von Volk und Vaterland ein Ehrendienst ist, so sehr muß auch der Dienst mit dem Spaten, mit dem auf friedlichem Wege deutsches Land zur Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes erobert wird, Ehrendienst sein.«

Die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz«, der wir dieses Feuilleton entnehmen, versichert weiter, daß »Strafarbeiter« und »Strafdienst« im Reichsarbeitsdienst unbekannte Begriffe bleiben müssen. Strafgelassene sollen daher nur insoweit zum Arbeitsdienst zugelassen werden, als sie »besserungsfähig« erscheinen. Da aber der Reichsarbeitsdienst seit über einem Jahr keinen freiwilligen Charakter mehr hat, so könnten nach der Erläuterung der DAK auch Volksgenossen hereinkommen, die sich nicht einfügen wollen.

»Aus diesem Grunde ist für den Reichsarbeitsdienst, wie für jede andere soldatische Gemeinschaft ein Disziplinarrecht — eine Dienststrafordnung für die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes vom 25. Februar 1936 geschaffen worden.«

Die weiteren Erläuterungen lassen dann keinen Zweifel, daß es sich keineswegs um Ausnahmebestimmungen gegen irgend welche renitente Elemente handelt, sondern um eine ganz allgemeine Dienststrafgewalt, die den »Führern des Reichsarbeitsdienstes« verliehen wird. Ueber das Wesen dieses sonderbaren »kameradschaftlichen Gemeinschaftsgeistes« wird von der DAK ausgeführt:

»Die Dienststrafordnung geht in ihren Strafen weiter, als alle anderen Disziplinarstrafvorschriften, da sie Strafen bis zu

240 Tagen Zellenarrest vorsieht.«

Die sonstigen Einzelstrafen und der Inhalt der sogenannten Dienstordnung werden nicht erwähnt. Es mag genügen, daß die Arbeitsdienstwilligen zum »Schutze der Gemeinschaft« und ihrer »sittlichen Grundsätze« bis zu acht Monaten in die Zellenhaft geworfen werden dürfen. Uebertretungen allgemeiner Art werden nach einem Erlaß des Reichsjustizministers gleichfalls der ordentlichen Rechtsprechung entzogen und auf Grund der Dienststrafordnung den Organen des Reichsarbeitsdienstes zur Aburteilung übertragen. In übrigen kündigt die DAK die Schaffung einer

eigenen Strafgerichtsbarkeit des Reichsarbeitsdienstes

an, damit das Recht »in lebendiger Fühlung mit dem Reichsarbeitsdienst« gefunden werden kann. Es wäre doch einfacher, die Arbeitsdienstwilligen der Militärgerichtsbarkeit direkt zu unterstellen. Diese militärische Strafgewalt über die Jugendlichen im Arbeitsdienst wird in dem Augenblick verkündet, da das Regime gleichzeitig eine große Propaganda zum »Schutz der Arbeitskraft im nationalsozialistischen Strafrecht« eingeleitet hat. So schreibt dieselbe DAK in ihrer Rechtsbeilage:

»Der Schutz der Arbeitskraft entspricht nationalsozialistischer Auffassung vom Adel der Arbeit, daß die Arbeitskraft als besonderes Rechtsgut anerkannt wird.«

»Das besondere Rechtsgut« im Arbeitsdienst und in der Landhilfe wird hinsichtlich der Verpflegung und den Behandlungsmethoden der schlimmsten Willkür preisgegeben. Bei der Landhilfe ist es vorgekommen, daß die Jugendlichen völlig unzulänglich ernährt und aufs äußerste schikaniert wurden. Es haben sich Jugendliche beschwert, daß man sie

wie auf dem Sklavenmarkt gemästert

und ihre Muskeln beföhlt habe, um festzustellen, für welche Verrichtungen sie am rationellsten einzusetzen wären. Für 1937 ist eine Verdoppelung des Einsatzes in der Landhilfe vorgesehen.

Da sich nach einer Bekanntgabe des Reichskommissars dieser Reichsarbeitsdienst einer immer größeren »Beliebtheit« erfreut, so werde von der Bevölkerung bei Aufmärschen dauernd gefragt, wie sehen eigentlich die Arbeitsdienstführer in der Kolonne aus. Wie sieht ein Feldmeister, oder ein Obertruppführer aus, welche Abzeichen trägt der Vormann? Diesem dringenden Bedürfnis der Dienstgradabzeichen soll nun abgeholfen werden. Jeder Arbeitsdienstangehörige trägt auf dem linken Oberarm ein Abzeichen in Schildform auf schwarzem Tuch. In dem Schild ist ein weißer Spaten mit Nummer in roter Farbe angebracht. Bei den Führern ist der Spaten in Aluminiumtönung eingewebt. Ange-

hörige der Gruppenleitung tragen nur die Nummer ihrer Gruppe in arabischen, die Arbeitstauleiter in römischen Ziffern eingewebt. Die Reichsleitung bleibt im Spaten blank weiß ohne Nummer. Die Dienstgradabzeichen-Orientierung geht unendlich weiter für Vormann, Obermann, Truppführer, Obertruppführer, Unterfeldmeister, Ober-, Oberstfeldmeister, Musikzugführer, Obermusikzugführer, Arzt, Amtswalter, Generalarbeitsführer, Obergeneral- und Reichsarbeitsführer. Tausend Unterschiede der Spiegel auf dem Rockaufschlag, Achselstücke, Kragenspiegel, Handtastkerel aus Aluminiumgespinst, Plattschürze, vierstrahlige vergoldete Sterne, versilberte Ein- und Zweisterne, schwarze Samtspiegel, Schürze aus schwarzer Kunstseide und Aluminiumdrahtschürze kennzeichnen die hierarchische militärische Gliederung nach Dienstgraden dieser Schipperarmee. Drill, Dienststrafgewalt und der unvermeidliche Paradezügel befinden sich im Reichsarbeitsdienst in militärischer Ordnung, es kann losgehen.

So marschiert das deutsche Jungvolk von heute mit Spaten und Hacke in die dunkle Zukunft des Hitler-Reichs. »Was auch immer unserem Volk auf dem Marsch in die Zukunft begegnen mag, niemals darf die Jugend deutsche Not, deutsches Unglück widerstandslos über sich ergehen lassen.« An Anlässen zum Widerstand wird es gewiß nicht fehlen.

Das „gesunde Volksempfinden“ — schwer erkrankt

Zwei deutsche Bäuerinnen bekamen in der vergangenen Woche die sogenannte Strenge des Gesetzes zu spüren. Die eine in Tilsit, die andere in Stuttgart. Daß die »Strenge« so ungleich ausfiel, lag aber nicht an der Verschiedenheit der Landstriche, sondern am »gesunden Volksempfinden«, nach dem in Deutschland angeblich jede Rechtshandlung reguliert wird.

Fall 1: Die Bäuerin im Stuttgarter Bezirk — die 55jährige verwitwete Barbara Müller aus Baniwald — konnte von Anfang an nicht recht einsehen, warum sie plötzlich zur »Erbhofbäuerin« ernannt werden sollte. Der Titel würde ihr nur Schwierigkeiten bringen, so sagte sie sich, Geld würde es kosten und kein Mensch würde mehr etwas borgen. — Kurzum, sie wollte nicht. Und als die Rechnung für »Eintragung des Erbhofs beim Reichserbhofgericht« dennoch ins Haus flatterte, weigerte sich die Barbara Müller zu zahlen. Ihr »gesundes Volksempfinden« sagte: »Ich hab daß nicht bestellt, ich zahl das auch nicht.« Es wurde ihr auf Beschluß des hohen Amtsgerichts das Milchgeld gepfändet, und »seit dieser Zeit«, so heißt es im Bericht der »Kölnischen Volkszeitung«, »hat sie die Ablieferung der Milch von täglich 40 l verweigert und sich geäußert, daß sie sie lieber in die Güllegrube gieße als abliefern.« — Da die Gegnerin sich »außerdem« als Gegnerin des Systems und der Erzeugungsschlacht erwiesen habe, wurde sie in Schutzhaft genommen. Also: Frauenkonzentrationslager. Hier zeigte sich das Gesetz in seiner ganzen Strenge. Wir kommen zum

2. Fall: Frau Ida im Kreise Tilsit-Ragnit sabotierte die Erzeugungsschlacht in keiner Weise, sie trieb vielmehr ihre Arbeiter zu Leistungen an, die über die Kraft jedes einzelnen beträchtlich hinausgingen. Dafür erlaubte sie den überanstrengten Leuten aber, in Löchern zu hausen, die bei weitem unwohnlicher waren als beispielsweise der zum Hof gehörige Schweinestall. Die »Preussische Zeitung« Nr. 231 erzählt:

»Schon 1934 wurde ihr von den verschiedenen amtlichen Stellen nahegelegt, daß es nun Zeit wäre, die Wohnungen den beiden Inafamilien in Ordnung bringen zu lassen. Die letzten Reparaturen waren 1928 gemacht und auch man so. Inzwischen hatten die Dielen große Löcher bekommen, die Fensterrahmen waren verfault, die Wände schadhaf, die Oefen halb verfallen und nicht heizbar. Der Landjäger kam und sah sich die Sache an. Frau Ida versprach baldigt Abhilfe, tat aber nichts. Der Landrat schrieb öfter, Frau Ida antwortete nicht. Der Treuhänder der Arbeit schrieb mehrmals, Frau Ida legte auch dessen Briefe unbeachtet beiseite. Ein Beauftragter der Deutschen Arbeitsfront sprach vor, Frau Ida hatte Ausflüchte und Ausreden.«

1934 begann das muntere Spiel, und jetzt endlich — im November 1936 — »blieb dem Treuhänder der Arbeit gar nichts anderes übrig, als das Soziale Ehrengericht in Königs-

berg anzurufen« (wörtlich!). Nun hatte wieder das »gesunde Volksempfinden« das Wort und also sprach es:

»Das Soziale Ehrengericht war milde; es verurteilte die Angeklagte zu einer Ordnungsstrafe von nur 50 RM, wobei es berücksichtigte, daß Frau Ida vor Gericht einen guten Eindruck insofern gemacht habe, als sie ihre rückständige Auffassung über Betriebsführerplichten offen eingestanden und Besserung gelobt hat.«

Schutzhaft für verweigerte Milchabgabe, 50 RM Strafe für jahrelange Schikaniierung und größtenteils Ausbeutung von Landarbeiterfamilien. Diese Landarbeiter dürfen ihre Stellung heute nicht mehr verlassen, ohne sich den schlimmsten Drangsaliierungen und ihre Kinder dem Hunger auszusetzen. Wenn »schon« 1934 verschiedene Amtsstellen der Frau die Instandsetzung der Wohnlöcher »nahegelegt« haben, darf man annehmen, daß die Schäden noch älter sind, daß die Instleute also mindestens drei volle ostpreussische Winter lang keinen Ofen heizen konnten. Und dafür: 50 Mark Strafe.

Das »gesunde Volksempfinden« geht im Dritten Reich seltsame Wege — es ist in Wahrheit das Empfinden der braunen Bonzen, denen es sehr gleichgültig ist, ob die Landarbeiter schlechter als Tiere hausen — wenn nur die Milch bei Zeiten abgeliefert und der Erzeugungsschlacht des um 20 Pfund reduzierten Göring nicht gefährdet wird. Das wahre Volksempfinden wird, wenn es erst einmal zu Wort kommt, viel nachzuholen haben.

Die Navigation der »Frankfurter Zeitung«

Ob die Sprache dazu diene, die Gedanken zu verbergen oder sie zu äußern, ist streitig. Sicher ist, daß sich die Sprachgeschichte zu beiden Zwecken trefflich eignet. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, alles zu sagen, was man vorbringen möchte und gleichzeitig alles zu verstecken, was die Grenzen ziviler Courage allzu bedenklich überschreitet.

Es ist kaum zu glauben, daß eine deutsche Zeitung ihre Spalten einem Artikel öffnen könnte, der das Wort »Vierjahresplan« mit den Worten »Existenzfrage«, »Hungersnot«, »Königssohn«, »Weltmann« und »Allerweltsmann« koppelt. Und doch geschieht dies in der »Frankfurter Zeitung« Nr. 576. Allerdings unter der Marke »Das gefährdete Zwischen-«, sozusagen im sicheren, überwindigen Port der Etymologie unter freundlicher Steuerung durch den biederen, unverdächtigen Lotsen Duden. Sie verstehen: heißt es »Vierjahresplan« oder »Vierjahresplan«?

»Inzwischen scheinen die meisten — und zu ihnen gehört Ministerpräsident Göring — die Bezeichnung Vierjahresplan beibehalten zu haben. Damit könnte der Vorgang erledigt sein, hätte er nicht, — immer vom Sprachlichen her betrachtet — eine allgemeine Bedeutung.«

Selbstverständlich »vom Sprachlichen her«. Wer käme auf eine andere Vermutung.

»Denn es geht hier um eine Art von

Existenzfrage, da das Zwischen- in der Wortzusammensetzung auf dem Spiele steht.«

Unangefochten darf man weiter sagen:

»Der Vierjahresplan zur Diskussion gestellt.«

wenn man zwischen die Worte »Vierjahresplan« und »zur« einfügt »von der Philologie her«. Und ruhig und sicher zieht das Gedankenschiff seine fernere Bahn:

»so daß wir heute noch Hungersnot sagen, weil es im Mittelhochdeutschen hungers nöt hieß, obwohl der Hunger hier doch gar keine Not leidet, sondern die Not ja gerade durch den Hunger in uns hervorgerufen wird.«

Was bedeutet Fettmangel, was bedeutet das Verbot, solchen Mangel kundzutun, gegenüber den heiligen Erfordernissen sprachlichen Quellenstudiums. Wenn die Alten hungers nöt sagten, so mögen sie mit dem Worte angedeutet haben, daß ihnen die Rationen knapp wurden. Wir verbinden mit dem Worte nur den einen Gedanken: mit s oder ohne s.

Die schwarze Schmach

Auf die im Reich erscheinende Zeitschrift »Deutsche Wochenschau« hat Göbbels nicht gut genug aufgepaßt, sonst hätte sie es nie gewagt, folgenden Absatz aus den Antworten der »New Yorker Staatszeitung« zu zitieren:

»Kasimir Gajkowski: Daß Sie es in Ordnung finden, wenn eine wilde Soldateska über ein Volk herfällt, um es zu befreien, hunderttausend hinschlachtet und dann ruft »bolschewistische Gefahr« — ist eine klare Bestätigung meiner Behauptung, nämlich was eine überlegene Propaganda für erfolgreiche Wirkung auf politisch Unmündige macht. Das Geschrei der Rebellen gleicht doch dem Einbrecher, der ruft: Halte den Dieb!

Wenn in den nächsten Tagen die erfolgreichen Truppen in Madrid einmarschieren, so wird man hoffentlich bei Ausrufung des Triumphes in alle Welt auch den entscheidenden Anteil der Afrikaner an dem Sieg nicht vergessen. »Die schwarze Schmach« wird sich dann in eine »schwarze Ehre und Glorie« über die weiße Demokratie verwandeln.«

Und welche schlagenden Argumente setzt die »Deutsche Wochenschau« diesen — gleichermaßen Hitler wie Franco treffenden — Wahrheiten entgegen? Sie antwortet:

»So viel Stänkerei in so wenig Zeilen — das ist wirklich ein interessanter Standpunkt! Es kommt eben doch darauf an, was man propagiert.«

Richtig! Eben darauf kommt es an. Wer z. B. die »Hochwertigkeit der weißen Rasse« propagiert, ihre Pflicht zur Solidarität betont und gleichzeitig die schwarze Soldateska des Franco tatkräftig unterstützt — der ist ein Lügner und Schweinehund. Das wird den dankbar schmunzelnden Lesern der »Deutschen Wochenschau« auch sonnenklar sein.

Neutralität

In Lissabon blüht der Straßenhandel. Man verkauft ein kleines Abzeichen fürs Knopfloch. Vier Emaillestreifen stellen die vier nationalistischen Fahnen dar, deutsch, italienisch, französisch und portugiesisch. Das ganze ist mit einem Hakenkreuz geschmückt. (Vendredi Nr. 56.)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i a«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Guld 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80) Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.20 (2.16), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20) USA 0.05 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B. 198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.003. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.